

LaG - Magazin

Bevölkerungstransfers und Zwangsmigration

im Rahmen des Zweiten Weltkrieges

02/2016

24. Februar 2016



Inhalt

Zur Diskussion

Deutsche Opfer des Zweiten Weltkriegs und die Frage der Schuld.....	5
„Auch wir waren mal Flüchtlinge“ – Die Zwangsmigration der Deutschen am Ende und in der Folge des Zweiten Weltkrieges.....	9
Was heißt hier Vertreibung?.....	13
Der polnische Vertreibungsdiskurs.....	17
„Wir befürchteten, dass uns das hätte passieren können, was sie mit den Juden gemacht haben“	20

Empfehlung Fachbuch

„Wer Sturm sät...“ Eine essayistische Streitschrift zur Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in der deutschen Erinnerungskultur.....	25
Polnische und deutsche und Vertriebene	29
Flucht und Vertreibung in europäischer Perspektive.....	31

Empfehlung Fachdidaktik

Die Auseinandersetzung mit „Flucht und Vertreibung“ an Gedenkorten für Vertriebene am Beispiel Oberschleißheim.....	36
--	----

Empfehlung Web

Das Thema Flucht und Vertreibung im deutschen Spielfilm.....	39
--	----

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Flüchtlinge und Heimatvertriebene.....	42
Flucht, Vertreibung und Umsiedlung im Umfeld des Zweiten Weltkrieges.....	44

Liebe Leserinnen und Leser, wir begrüßen Sie zur aktuellen Ausgabe des LaG-Magazins. Diese stellt in mehrfacher Hinsicht eine Besonderheit dar. Sie greift das Jahresthema „Flucht und Vertreibung. Gewaltmigration im 20. und 21. Jahrhundert“ unseres Kooperationspartners, des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, auf. Wir widmen uns diesem Zusammenhang dem Jahresthema in zwei aufeinander folgenden Ausgaben des LaG-Magazins. Die aktuelle Nummer „Bevölkerungstransfers und Zwangsmigration im Rahmen des Zweiten Weltkrieges“ nähert sich ihm in erster Linie aus einer historischen Perspektive und thematisiert vor allem die Flucht und Bevölkerungstransfers von Deutschen, womit notwendigerweise auch geschichtspolitische Aspekte aufgegriffen werden müssen. Gerade auf dem Feld des historischen Lernens ist es notwendig, die Vertreibung deutscher Minderheiten in den Zusammenhang zu deren teilweise herausragender Unterstützung des Nationalsozialismus, wie beispielsweise im Fall der Tschechoslowakei, zu stellen, aber auch allgemein die Gräueltaten und Massenmorde im Rahmen der deutschen Besatzung in Mittel- und Osteuropa zu thematisieren. Flucht und Zwangsmigration der deutschen Minderheiten beruhen weitgehend auf diesen vorangegangenen Ereignissen. Aufgrund der hohen emotionalen und historischen Aufladung, begleitet von Auseinandersetzungen um Deutungshoheiten, reicht das Thema des Umgangs mit Flucht und Vertreibung bis in die Gegenwart hinein. Daher ist der historische Umgang kaum

von immer wieder aufflammenden aktuellen Diskussionen zu trennen.

In der Märzausgabe dieses Magazins wird der Schwerpunkt auf aktuelle Erscheinungen von Flucht liegen, wobei die Frage mitschwingt, ob und wie die Situation von Geflüchteten mit dem von Deutschland und Europa postulierten Anspruch den universalen Menschenrechten Genüge zu tun, übereinstimmt.

Im Zusammenhang mit dem Jahresthema wird der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge verschiedene Aktivitäten entfalten. Dazu gehört eine Ausstellung mit dem Titel „Flucht und Vertreibung“, die neben dem historischen Kontext auch die Nachkriegssituation aufzeigt sowie auf Definitionen, Rechtsnormen und auf die Erinnerung an die auf der Flucht Gestorbenen und auf den Umgang mit den aufgefundenen Gräbern eingeht. Zudem wird im März die ausführliche Handreichung „Geflohen – Vertrieben – Angekommen?! Aspekte der Gewaltmigration im 20. Jahrhundert“ mit Unterrichtsvorschlägen und Materialien veröffentlicht. Wir werden Sie in diesem Magazin auf die Publikation hinweisen. Weitere Informationen finden Sie auf der [Webseite des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge](#).

Wir bedanken uns bei den externen Beiträger_innen der Essays im ersten Teil des Magazins, die sich allesamt der Thematik von Bevölkerungstransfers und Zwangsmigration mit der ihr innewohnenden Komplexität angenommen haben.

Micha Brumlik widmet sich der Geschichte der Vertreibungen deutscher Minderheiten im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Er setzt sie dabei in Bezug zu Nachkriegsdebatten bis in die Gegenwart.

Einen Gegenwartsbezug auf heutige Fluchtbewegungen und Fragen von Integrationshemmnissen von Geflüchteten stellt *Stephan Scholz* her. Dabei nimmt er Bezug auf die historischen Umstände.

Das Thema von *Lars Breuer* ist die Geschichte der Einrichtung einer Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, deren Konturen und inhaltliche Ausrichtung bis heute nicht klar festgelegt sind.

Auch *Artur Osinski* berührt in seinem Aufsatz die Nachkriegsdebatte um die Frage der Einrichtung eines Dokumentationszentrums „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sowie dessen Stiftung. Er bezieht jedoch vor allem polnische Perspektiven auf die Vertreibungsdebatte in seine Betrachtungen ein.

Am Beispiel des Batterieherstellers Pertrix in Berlin-Niederschöneweide geht *Isabel Panek* dem Schicksal von jüdischen und polnischen Zwangsarbeiter_innen nach. Während erstere 1943 in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz deportiert wurden, wurden sie durch polnische Zwangsarbeitende aus der Region Zamość „ersetzt“, die durch Zwangsaussiedlungen im Rahmen des »Generalplans Ost« nach Berlin verschleppt wurden.

Wir wünschen Ihnen mit dieser Ausgabe eine ertragreiche Lektüre.

Das nächste LaG-Magazin „EU-Asylpolitik und Menschenrechte – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, das den thematischen Schwerpunkt weiterführt, erscheint am 23. März 2016.

Deutsche Opfer des Zweiten Weltkriegs und die Frage der Schuld

Von Micha Brumlik

Gegenwärtig geht es – davon zeugen die Personalquerelen um das in Berlin geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ - noch immer darum, ob und wie die Geschichte der Vertreibungen und des Verlustes der Ostgebiete sowie der oft grausamen Aussiedlung von Volksdeutschen aus ostmitteleuropäischen Ländern in die offizielle Gedächtnisgeschichte der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen wird. Diese Frage war in den ersten zwanzig Jahren der Bundesrepublik keineswegs nur ein Thema in den Familien, sondern auch in der offiziellen Politik. Davon zeugt etwa die Dokumentation der Vertreibung von Deutschen, die in den 1950er Jahren von Theodor Oberländer - einem ehemaligen, überzeugten Nationalsozialisten und Vertriebenenminister im ersten Kabinett Adenauer – vorgelegt wurde.

Diese Dokumentation stand unter der fachlichen Verantwortung des Historikers Theodor Schieder, eines in seiner Jugend und seiner jungen Erwachsenenexistenz antisemitisch und exterministisch gesonnenen, nationalsozialistischen Volkstumsideologen, der jedoch in der frühen Bundesrepublik zu einem der bedeutendsten Historiker wurde.

Im Zusammenhang dieser Debatten versuchte und versucht die deutsche Rechte - im ganzen Spektrum ihrer demokratischen und totalitären Spielarten – eine Stärkung

des deutschen Nationalbewusstseins aus dem Umstand zu gewinnen, dass der von den meisten Deutschen keineswegs widerstrebend geführte Krieg Hitlers, seiner Ideologen und Technokraten gegen die Sowjetunion nicht nur mit dem Verlust der östlichen Teile Deutschlands, sondern auch mit dem Exodus, der Vertreibung deutscher Minderheiten aus Ost-Mitteleuropa, von Rumänien bis zu den östlichen Teilen der Tschechoslowakei, endete.

Dabei, soweit besteht in der Forschung Übereinstimmung, sind in den Jahren 1945-1948 etwas mehr als eine Million Deutscher ums Leben gekommen, während zwölf Millionen unter ungeheuren Strapazen die vor allem westlichen Besatzungszonen erreichten. Nun sind Vertreibungen, geförderte Fluchtbewegungen und Aussiedlungen im Kern nichts anderes als ein ebenso drastisches wie primitives Mittel der Biopolitik: der Kontrolle von Menschenmassen im Rahmen eines gegebenen Territoriums.

Gleichwohl: Ohne die Bombardierung von Coventry und Rotterdam wären weder Hamburg noch Dresden zerstört worden, ohne den Überfall der Wehrmacht auf die UdSSR am 22. Juni 1941 hätte es keine Ausschreitungen der Roten Armee auf deutschem Boden gegeben – darunter massenhafte Vergewaltigungen von Frauen - ohne die Ausrottung der polnischen Eliten und die Versklavung und Ermordung keineswegs nur jüdischer Polen keine Austreibung von Deutschen aus Pommern und Schlesien, ohne den Verrat der nichtjüdischen deutschsprachigen Bewohner Böhmens und

Mährens an der gewiss nicht einem multi-kulturellen Ideal entsprechenden, tschechisch dominierten tschechoslowakischen Republik keine Aussiedlung und Vertreibung von Deutschen aus den Sudetengebieten.

Letzten Endes sind für die Vertreibungen der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Polen das nationalsozialistische Deutschland sowie - das gilt nun vor allem für die Tschechoslowakei - jener große Teil der Sudetendeutschen verantwortlich, die ohne Not gegen ihren eigenen Staat, die Tschechoslowakei, und für das nationalsozialistische Deutschland gestimmt haben.

Bei alledem stellten sich schon die organisierten Vertriebenen in Westdeutschland spätestens seit 1950 als die eigentlichen Opfer des Zweiten Weltkrieges dar. Die vor allem von ehemaligen nationalsozialistischen Funktionären verfasste und unterschriebene „Charta der Heimatvertriebenen“ behauptet etwa 1950 - also nach den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen - allen Ernstes: „Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.“

Man muss diesen Satz zweimal lesen, um seine Ungeheuerlichkeit ganz zu erfassen. Wird doch in ihm ernstlich behauptet, dass unter allen Opfern in der Zeit des Zweiten Weltkrieges die Heimatvertriebenen am schwersten betroffen waren: also nicht die Überlebenden der Bombardements von Dresden und Hamburg, nicht die

hunderttausenden deutschen Kriegswaisen und -witwen, nicht die drangsalierten Polen oder Russen, schon gar nicht die sechs Millionen ermordeten Juden, deren Schicksal 1950 durchaus bekannt war.

Der geschichtsklitternde Skandal der „Charta der Heimatvertriebenen“ besteht mithin in dem von den damaligen Vertriebenenfunktionären - beinahe ausnahmslos nationalsozialistische Volkstumskämpfer - erhobenen Anspruch, die am schwersten geschädigten Opfer zu sein. Das im Rahmen der aktuellen Gedenkpoltik neuerdings wieder heftig debattierte Thema einer Konkurrenz der Opfer hat hier einen seiner Ausgangspunkte. Tatsächlich handelt sich bei der „Charta der Heimatvertriebenen“ um Äußerungen, die an Realitätsblindheit, Wahrnehmungsschwäche, Egozentrismus und mangelnder Empathie fürs Leiden anderer schwerlich zu überbieten sind - Zeugnis einer Verantwortungslosigkeit, die sich bis heute durchhält und auch durch das scheinbar universalistische Projekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ nicht wirklich überwunden wird.

Auch der in der Charta – immer wieder mit Stolz zitierte, scheinbar demütige – Verzicht auf Rache und Vergeltung entpuppt sich in Wahrheit als Ungeheuerlichkeit. Kann man doch nur auf das verzichten, was einem entweder rechtens zusteht oder was man faktisch hat. Da aber von einem Recht auf Rache sinnvoll keine Rede sein, kann es sich hier nur um das – womöglich realistische – Eingeständnis handeln, noch 1950 voller Vergeltungssucht gewesen zu sein.

Eines jedenfalls ist klar und darf durch keine Vertriebenencharta und durch kein „Zentrum gegen Vertreibungen“ geleugnet werden: Kein einziger Deutscher wäre jemals vertrieben worden, wenn nicht Hitlers Deutschland die Tschechoslowakei zerschlugen sowie Polen und die Sowjetunion mit allen unvorstellbaren, massenmörderischen Folgen angegriffen hätte. Der Irrsinn der nationalsozialistischen „Umvolkungspolitik“ führte bald nach Kriegsbeginn dazu, dass Juden brutal aus ihren Wohnungen im besetzten polnischen Territorium verjagt und in den Tod deportiert wurden, um Raum für „heimgeholte“ Deutsche aus dem Baltikum zu schaffen. Gewiss: Einzelne tschechische und polnische Nationalisten träumten seit langem von ethnisch homogenen Territorien ohne Deutsche, gleichwohl: Es war ausschließlich das nationalsozialistische Deutsche Reich mit seinem Krieg, das derlei Nationalisten, aber auch der stalinistischen Expansionspolitik sowie britischen Vorstellungen von einem stabilen Mitteleuropa die Möglichkeit gab, ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Eine sensible, auf den Menschenrechten beruhende Betrachtung des Zweiten Weltkriegs, die - durchaus zu Recht - auch alliierte Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen an Deutschen vermerkt, droht heute zur feinsinnig auftretenden Geschichtsklitterung missbraucht zu werden. Das lässt sich am heikelsten Fall, dem Fall der Tschechoslowakei und der „Beneš-Dekrete“, die die zurückgekehrte tschechoslowakische Regierung ohne parlamentarische Beschlussfassung verkündete,

verdeutlichen. Neben plausiblen Bestimmungen, etwa der Rückgängigmachung aller unter dem nationalsozialistischen Besatzungsregime getätigten „zivilen“ Geschäfte, verfügten sie auch die Ausbürgerung der Deutschen, die sich übrigens mit ihrer Zustimmung zum Münchner Diktat 1938 selbst ausgebürgert hatten. Aus heutiger Perspektive stellen diese Dekrete zu einem großen Teil gewiss Formen „gesetzlichen Unrechts“ (Gustav Radbruch) dar - andererseits: in keiner anderen Region des nationalsozialistischen Deutschland war die Mitgliedsquote der NSDAP so hoch wie in den Sudetengauen, auch war der Antisemitismus stärker verbreitet als anderswo und der Hass gegen die Tschechen ungemildert. Hätte man mit diesen drei Millionen besonders nationalsozialistisch gesonnenen Bürgern 1948 allen Ernstes einen multikulturellen Staat der Tschechen, Deutschen, Slowaken und Magyaren aufbauen können? Unter sozialistischen, sprich stalinistischen Vorzeichen?

Spätestens an diesem Punkt der Debatte wird die tragische Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokratie ins Spiel gebracht, die sich aber zu keinem Zeitpunkt des Zweiten Weltkriegs in der Lage sah, rückhaltlos zum tschechoslowakischen Staat zu stehen, so rückhaltlos, dass etwa Sudetendeutsche in tschechischer Uniform gegen das nationalsozialistische Deutschland kämpfen sollten.

1930 lebten übrigens im Gebiet des späteren „Sudetengaus“ etwa 25.000 Juden, in allen von Deutschland annektierten Gebieten der Tschechoslowakei 33.000 Juden, von denen

viele noch vor dem Münchner Diktat vor immer brutaler werdenden antisemitischen Ausschreitungen ins Innere der Tschechoslowakei flüchteten. Indem die Deutschen in den Sudetengebieten seit 1937/38 immer stärker gegen die eingestandenermaßen fehlerhafte tschechoslowakische Demokratie und für den rassereinen Staat der nationalsozialistischen Diktatur optierten, gaben sie ihre jüdischen Nachbarn preis und wussten dabei genau, was sie taten. Die verspätet einsetzenden Pogrome der „Kristallnacht“ waren dort von besonderer Grausamkeit.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: So gut und richtig, ja sogar notwendig eine historisch gerichtete europäische, ja weltweite Verständigung darüber ist, dass Bevölkerungsverschiebungen als Mittel der Politik in Zukunft nicht mehr in Frage kommen und dass alle „ethnischen Säuberungen“ - von Kaukasus bis ins subsaharische Afrika - leicht in Genozide umschlagen, so wenig folgt daraus eine kollektive, allemal verspätete öffentliche Liturgie der Trauer über Flucht und Vertreibung.

Das hat übrigens die überwiegende Mehrheit jener zwölf Millionen, die in Westdeutschland ein neues Leben begonnen haben, durchaus verstanden. Vielen von ihnen, ja den meisten war klar, was - theologisch gesprochen - ein „Tun-Ergehens Zusammenhang“ ist.

Wenn es also beim gegenwärtigen Opferdiskurs um kein Tabu geht, worum dann? Um eine abschließende, nachgeholtete Trauerarbeit sowie um eine allgemeine

menschenrechtliche Sensibilisierung am Beispiel von Flucht und Vertreibung der Deutschen?

Über den Autor:

Dr. Micha Brumlik ist Erziehungswissenschaftler und Publizist. In den Jahren 2000 bis zu seiner Emeritierung 2013 war er Professor am Fachbereich Erziehungswissenschaften an der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität. Von 2000 bis 2005 leitete er das Fritz Bauer Institut zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Zudem ist er Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und Internationale Politik« und der Zeitschrift „Babylon – Beiträge zur jüdischen Gegenwart“. Derzeit ist Micha Brumlik Seniorprofessor am Zentrum für Jüdische Studien Berlin/Brandenburg.

„Auch wir waren mal Flüchtlinge“ – Die Zwangsmig- ration der Deutschen am Ende und in der Folge des Zweiten Weltkrieges

Von Stephan Scholz

Lange, scheinbar endlose Reihen von Menschen mit nur wenigen Gepäckstücken; ausgemergelte Gesichter; Frauen, die Kinder an sich pressen. Die aktuellen Bilder von Flüchtlingen, die heute auf dem Weg nach Deutschland sind, erinnern unwillkürlich an ähnliche Bilder, die wir schon seit Jahrzehnten kennen: Bilder von deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Zeit danach. Die Analogie der Bilder stützt historische Bezüge, die derzeit in Politik und Medien oft hergestellt werden, und die die Empathie gegenüber heutigen Flüchtlingen befördern sollen.

Empathieförderung durch Erinnerung?

Als 2015 erstmals der neue staatliche „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ begangen wurde, sprach Bundespräsident Joachim Gauck von den heutigen Flüchtlingen als den „Nachfahren der Vertriebenen bei Kriegsende“. Bewusst hatte die Bundesregierung den Gedenktag auf den 20. Juni gelegt, den Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen. Das historische Ereignis der deutschen Zwangsmigration wurde damit bewusst in den Rahmen weltweiter und auch gegenwärtiger Fluchtbewegungen gestellt. In den Medien wurde Gauck

am häufigsten mit dem Wunsch zitiert, „die Erinnerung an die geflüchteten und vertriebenen Menschen von damals könnte unser Verständnis für geflüchtete und vertriebene Menschen von heute vertiefen.“

Die ‚Flucht und Vertreibung‘ der Deutschen als historischer Impuls für eine emphatische Haltung gegenüber heutigen Flüchtlingen – das ist eine relativ neue Erscheinung. Anfang der 1990er Jahre, als das deutsche Asylrecht angesichts steigender Antragszahlen und zunehmender Übergriffe gegen Ausländer massiv verschärft wurde, war dieser Bezug noch vollkommen unüblich. Nach der Jahrtausendwende fand jedoch eine neue erinnerungskulturelle Hinwendung zu den deutschen Vertriebenen als Kriegsoffern statt. Die damit einhergehende Konzentration auf ihre Leidensgeschichte förderte die Tendenz zur Universalisierung und zum Vergleich. Problematisch war diese universalisierende Tendenz im Hinblick auf die NS-Opfer. Sie kommt aber nun offenbar auch im Hinblick auf die Flüchtlinge der Gegenwart zum Tragen. Eine vergleichende, aber nicht gleichsetzende Perspektive kann dazu beitragen, die historischen Spezifika der deutschen Zwangsmigration vor 70 Jahren ebenso zu verdeutlichen wie die Gemeinsamkeiten mit heutigen Flüchtlingsbewegungen.

Kriegsflüchtlinge damals wie heute?

Bis heute sind Kriege die häufigsten Fluchtursachen. Auch rund die Hälfte der 12 Millionen deutschen Vertriebenen waren zunächst Kriegsflüchtlinge.

So wie seit Kriegsbeginn zahllose Zivilisten in den von Deutschland überfallenen Ländern vor den deutschen Truppen geflohen waren, so machten sich in den letzten Kriegsmonaten, als die Front deutsches Territorium erreicht und überschritten hatte, deutsche Zivilisten auf den Weg ins Landesinnere.

Insbesondere im Osten kam es zu einer regelrechten Völkerwanderung. Die Wehrmacht verfolgte schon bei ihrem Rückzug aus den besetzten Gebieten eine rassistisch motivierte Räumungspolitik. Kein „deutsches Blut“ sollte dem sowjetischen Kriegsgegner in die Hände fallen. Auf Reichsgebiet leitete die nationalsozialistische Partei die Evakuierungen. Die letzten Wochenschauen priesen die Räumungsaktionen als erfolgreiche Schutzmaßnahmen des NS-Staates.

Anders als an der Westfront, wo die Räumungspolitik wegen des Widerstandes der Bevölkerung bald eingestellt wurde, war im Osten die Bereitschaft der Menschen, vor der Front zu fliehen, relativ groß. Antibolschewistische Gräuelpropaganda im Verbund mit dem latenten Wissen um die deutschen Verbrechen im Osten und die daraus resultierende Angst vor der Rache der sowjetischen Soldaten führten zu einer regelrechten Fluchtwelle der Zivilbevölkerung, die von den in Auflösung befindlichen NS-Behörden kaum noch zu kontrollieren war. Sie hatten hier möglichst lange versucht, die Bevölkerung zurück in ihren Wohngebieten zu halten, um die Kriegsführung und die Kampfbereitschaft der Soldaten im Osten aufrecht zu erhalten. Bis zum Kriegsende

behielten der Transport von Soldaten und kriegswichtigem Material oberste Priorität.

In der Folge gaben die Gauleitungen die erforderlichen Evakuierungsbefehle meist viel zu spät, setzten sie dann aber auch gegen Widerstände rücksichtslos durch. Angesichts der Nähe der Front, dem Fehlen von Transportkapazitäten und der schlechten Witterungslage war eine geordnete „Rückführung“ der Zivilbevölkerung utopisch. Eine humanitäre Katastrophe ungeheuren Ausmaßes war die absehbare und logische Folge dieser selbstzerstörerischen Politik.

Da die Eisenbahn weitgehend dem militärischen Transport vorbehalten blieb, musste sich der Großteil der hauptsächlich aus Frauen, Kindern und Alten bestehenden Flüchtlinge zu Fuß auf den Weg durch Eis und Schnee machen. Von den Straßen, auf denen sie nicht selten den Todesmärschen der aufgelösten Konzentrationslager begegneten, wurden sie häufig von durchfahrendem Militär abgedrängt. Die Front holte sie vielfach ein, so dass sie sich plötzlich mitten im Kampfgebiet wiederfanden. Viele der später so genannten „Vertreibungstoten“ kamen während dieser Fluchtbewegung ums Leben. Allein bei der verordneten Evakuierung aus der Stadt Breslau starben 90.000 Menschen.

Über sechs Millionen Deutsche zogen so in den letzten Kriegsmonaten nach Westen. Aus den Ostprovinzen waren es über drei Viertel der Bevölkerung. Sie waren Kriegsflüchtlinge, wie die meisten heute nach Deutschland kommenden Menschen.

Die Aussiedlung und ihre Motive

Während die vor Kriegsende ins Landesinnere geflohenen oder evakuierten Deutschen nicht in ihre Herkunftsgebiete zurückkehren konnten, wurden die im Osten verbliebenen Deutschen in den folgenden Monaten und Jahren nach und nach ausgesiedelt. Hintergrund für die Entscheidung der Alliierten, die Deutschen aus den an Polen abgetrennten Gebieten, aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn in die vier Besatzungszonen auszusiedeln, war die Erfahrung des Kriegsbegins: Nazi-Deutschland hatte gezielt die Lage der deutschen Minderheiten in den östlichen Nachbarstaaten verschärft, sie mit Grenzfragen verknüpft und schließlich zur Zerschlagung der Tschechoslowakei und für den Überfall auf Polen instrumentalisiert. Die deutsche Minderheit war eine Stütze der aggressiven Expansionspolitik und der rassistischen Besatzungsherrschaft.

Ziel der Alliierten war die Schaffung einer stabilen Nachkriegsordnung. Sie sollte eine erneute Instrumentalisierung deutscher Minderheiten für die Zukunft ausschließen. Die Erfahrung der brutalen deutschen Besatzungspolitik verringerte vorhandene Hemmungen gegenüber einer Aussiedlung, die im Grundsatz schon früh als unausweichlich galt. Die Westverschiebung Polens erhöhte allerdings die Zahl der auszusiedelnden Deutschen erheblich. Aber das Zusammenleben mit einer größeren Zahl von Deutschen, die das NS-System gestützt und mitgetragen hatte, war Polen und Tschechen nach diesem Krieg kaum zumutbar und nur schwer vorstellbar. Eine Entfernung der

Deutschen aus den östlichen Nachbarstaaten erschien daher allen Seiten als der einzige Weg, den Frieden in Europa dauerhaft zu erhalten. Bestärkt wurden die Alliierten zudem dadurch, dass Deutschland selbst während des Krieges im Rahmen umfangreicher ethnographischer Neuordnungspläne schon eine Million „Volksdeutsche“ umgesiedelt hatte.

Nachdem es bereits nach Kriegsende zu so genannten „wildem Vertreibungen“ gekommen war, beschlossen die Alliierten auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 eine geregelte und geordnete Aussiedlung der Deutschen. Die vorgesehene „ordnungsgemäße und humane“ Durchführung wurde nicht nur durch Kriegszerstörungen, Versorgungsengpässe sowie widerstreitende Interessen unterschiedlicher Stellen behindert. Sie scheiterte auch daran, dass die deutsche Terror- und Vernichtungspolitik in den besetzten Gebieten zu einer Haltung geführt hatte, die wenig Mitgefühl mit den Deutschen aufkommen ließ. Aus der Besatzungserfahrung der Kriegsjahre resultierten dagegen vielfach Gleichgültigkeit oder gar ein genereller Hass gegenüber den Deutschen, der wenig Raum für individuelle Differenzierungen ließ. Die Aussiedlung der Deutschen war daher mit zahlreichen Übergriffen und Plünderungen verbunden. Sie erfolgte hauptsächlich in den Jahren 1945/46 und zog sich bis 1950 hin.

Aufnahme, Integration und Erinnerung

Vertreter von Vertriebenenverbänden betonen heute immer wieder, dass mit den Vertriebenen am Ende des Zweiten Weltkrieges Deutsche zu Deutschen gekommen seien. Die Voraussetzungen und der Erfolg ihrer Integration seien daher mit denen der heutigen Flüchtlinge nicht vergleichbar. Tatsächlich waren die Deutschen damals Binnenflüchtlinge, so wie heute die meisten Flüchtlinge auf der Welt, die in der Regel versuchen, in der Nähe ihrer Herkunftsgebiete und in einer Kultur zu verbleiben, die ihnen vertraut ist.

Trotzdem gab es auch für die deutschen Zuwanderer nach dem Krieg erhebliche Integrationshemmnisse. Die einheimische Bevölkerung reagierte oft ablehnend auf den Zuzug von außen, den sie als ein ungerichtetes Diktat der Siegermächte wahrnahm. Höchst ambivalent wirkte der politische Revisionsvorbehalt, der sich aus der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze ergab. Solange die Wiedergewinnung der Heimat im Osten proklamiert wurde, konnten die Vertriebenen zwar das Gefühl haben, dass sie in ihrem Rückkehrwunsch von der Aufnahmegesellschaft unterstützt würden. Die Neubeheimatung im Westen blieb damit aber lange nur provisorisch.

Für beide Seiten wirkte die Konfrontation konfessioneller Milieus, ländlicher und städtischer Herkünfte sowie regionaler Eigenarten anfangs nicht selten wie ein Kulturschock. Gleichzeitig erfolgten das

Entdecken von Gemeinsamkeiten und die langsame Transformation in eine neue gemeinsame Gesellschaft. Bis heute gehören Diskriminierungserfahrungen zu den schmerzhaften, die Erfahrung von Mitgefühl und Hilfsbereitschaft zu den positiven Erinnerungen der deutschen Vertriebenen. Nicht zuletzt diese Erinnerungen verbinden sie mit Zuwanderern von heute.

Über den Autor:

Dr. Stephan Scholz ist Privatdozent am Institut für Geschichte der Carl v. Ossietzky-Universität Oldenburg. Er forscht zur deutschen Erinnerungskultur und speziell zum Umgang mit der ‚Flucht und Vertreibung‘. Jüngste Veröffentlichungen hierzu:

Vertriebenenendenkmäler. Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft, Paderborn: Schöningh 2015; Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken, Paderborn: Schöningh 2015 (hg. mit Maren Röger u. Bill Niven)

Was heißt hier Vertreibung?

Von Lars Breuer

Noch immer ist unklar, was genau das Ziel der 2008 gegründeten Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sein soll. Konservative wehren sich gegen eine Einbeziehung aktueller Fluchtbewegungen.

Seit ihrem Bestehen ist die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in der Öffentlichkeit vor allem durch personelle und inhaltliche Querelen bekannt. Noch immer ist nicht absehbar, wann die seit 2010 geplante Dauerausstellung im Berliner „Deutschlandhaus“ eröffnet werden soll. Hinter dieser weitgehenden Lähmung, so die These dieses Artikels, steht ein bis heute ungelöster Konflikt um die inhaltliche Ausrichtung der Stiftung.

Am Anfang stand das Vorhaben, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg in Form einer zentralen Gedenkstätte in Berlin zu institutionalisieren. Vor allem die langjährige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, machte sich für dieses Anliegen stark und hatte dazu 2000 eigens die private Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ (ZgV) gegründet. Um Unterstützer_innen zu gewinnen, argumentierten BdV und Stiftung universalistisch – es gehe nicht nur um Deutsche, sondern um das Unrecht von Vertreibung und Heimatverlust im Allgemeinen.

Doch die Skepsis gegenüber den Plänen des BdV blieb bestehen, nicht zuletzt aufgrund

der jahrzehntelangen revisionistischen Rhetorik der Vertriebenenverbände. Die damalige rotgrüne Bundesregierung sprach sich gegen das ZgV aus und forderte stattdessen eine europäische Ausrichtung der Erinnerung an Flucht und Vertreibung – insbesondere in Kooperation mit Polen.

Fachleute und Wissenschaftler_innen sind sich international einig, dass es tatsächlich an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten Flucht und Vertreibung gegeben hat. Diese müssten jedoch stets in ihrem spezifischen historischen Kontext verstanden werden, also meist im Zusammenhang mit Kriegen oder anderen Massengewaltverbrechen. So könne das Schicksal der geflüchteten und vertriebenen Deutschen nach 1945 nicht losgelöst von der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik betrachtet werden. Doch genau dies darf als Absicht des ZgV betrachtet werden. In einer 2006 gezeigten Ausstellung, die häufig als Vorlage für die geplante Ausstellung im ZgV bezeichnet wurde, wird der Nationalsozialismus wörtlich zum „Vorspiel“ des eigentlichen Geschehens reduziert – nämlich der Flucht und Vertreibung von Deutschen.

Die 2008 gegründete staatliche Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist ein Kind der Großen Koalition. Sie ist ein Versuch, die beschriebenen Perspektiven unter einen Hut zu bekommen, ohne die daraus resultierenden Konflikte zu lösen. Und so schwelt der Konflikt seit der Stiftungsgründung in institutionalisierten Formen vor sich hin: In der Grundkonzeption der

Stiftung ist einerseits viel von Europa und Versöhnung die Rede, andererseits sollen Flucht und Vertreibung der Deutschen den „Hauptaspekt“ der geplanten Dauerausstellung bilden. Nicht Wenige sahen darin 2008 eine Umsetzung der BdV-Pläne unter anderem Namen und mit etwas europäischer Rhetorik. Die FAZ kommentierte damals, Steinbach habe nun „alles erreicht, was sie bezweckte“.

Die Zusammensetzung der Stiftungsgremien unterstützte diesen Eindruck: Im Stiftungsrat, der für die personellen und inhaltlichen Entscheidungen der Stiftung verantwortlich ist, verfügt der BdV über so viele Sitze wie keine andere Institution. Stiftungsdirektor Manfred Kittel hat zwar keine persönlichen Verbindungen zum BdV, kann aber getrost als nationalkonservativ bezeichnet werden. In seiner wissenschaftlichen Forschung hat er sich unter anderem um das schwindende Ansehen der Vertriebenenverbände gesorgt. Zugleich bekam die Stiftung einen „wissenschaftlichen Beraterkreis“, dem auch Forscher_innen angehörten, die dem BdV gegenüber durchaus kritisch waren. Darunter waren auch jeweils ein_e Vertreter_in aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. Doch Ende 2010 waren bereits fünf der acht Mitglieder dieses Beirates von ihren Posten zurückgetreten.

Der vordergründige Anlass dafür war, dass Erika Steinbach auf einem Sitz im Stiftungsrat beharrte – wohl wissend, dass dies etwa für die SPD, aber auch für die polnischen Vertreter untragbar war. Als Preis für Steinbachs letzten Verzicht wurde eigens das Stiftungsgesetz geändert („Lex Steinbach“)

und der BdV erhielt doppelt so viele Sitze im Stiftungsrat wie zuvor. Damit hörten die Probleme bei Weitem nicht auf: Zwei der BdV-Vertreter im Stiftungsrat waren durch revisionistische Äußerungen aufgefallen, die den Stiftungszweck der Versöhnung „geradezu verhöhnern“, wie es ein Mitglied des wissenschaftlichen Beraterkreises formulierte. Als der BdV sich weigerte, die beiden abuberufen, ließ der Zentralrat der Juden sein Mandat im Stiftungsrat ruhen.

Nach ein paar Jahren, in denen kaum etwas von der Stiftung zu hören war, kam es dann 2014 zum nächsten offenen Konflikt. Mehrere renommierte Wissenschaftler aus dem Beraterkreises warfen Direktor Kittel öffentlich mangelnde Kooperation sowie eine einseitige Fokussierung auf die deutschen Vertriebenen vor. Der Streit endete mit Kittels nicht ganz freiwilligem Rücktritt. Bei der Suche nach einem Nachfolger entschied sich der Stiftungsrat für den weitgehend unbekanntem Historiker Winfrid Halder und damit gegen den vom wissenschaftlichen Beirat favorisierten und aus deren Sicht besser qualifizierten Kandidaten. Als Reaktion traten fünf renommierte Mitglieder des Beraterkreises zurück und dieser hörte de facto auf zu existieren. Nach nur wenigen Monaten zog Halder seine Kandidatur dann überraschend zurück. Seit Juli 2015 wird nun bereits nach einem Nachfolger gesucht. Derweilen versucht Uwe Neumärker, hauptamtlich Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, als Interims-Chef die Arbeit der Stiftung am Laufen zu halten.

Die geplante Dauerausstellung ist dabei in weite Ferne gerückt. Momentan ist nicht abzusehen, wann diese eröffnet soll, in der Presse genannte Termine sind inzwischen ähnlich glaubwürdig wie beim Berliner Großflughafen BER. Der leitende Kurator hat daraus die Konsequenzen gezogen und sich einen neuen Job gesucht. Der inhaltliche Konflikt um die Dauerausstellung – und damit auch um die Ausrichtung der Stiftung insgesamt – ist derweil vollkommen ungelöst. Der Rückzug von Kittel und Halder könnte allerdings Zeichen einer Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse sein.

Bereits 2009 hatte die Initiative „Zentrum für politische Schönheit“ auf einer gefälschten Website der Vertriebenen-Stiftung dafür plädiert, zukünftig stärker „Anteilnahme am gegenwärtigen Schicksal von Millionen dezidiert nicht-deutscher Flüchtlinge“ zu zeigen – zahlreiche Agenturen und Medien übernahmen die Meldung, die damals noch als gelungener Scherz abgetan werden konnte.

Doch angesichts von derzeit weltweit über 60 Millionen Kriegsflüchtlingen – der höchsten Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg – und angesichts der politischen Debatten über das Thema Flucht und Migration ist der Bezug auf die gegenwärtigen Flüchtlinge und Vertriebenen für die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ kaum zu vermeiden.

Entsprechend forderte Michael Roth, als Staatssekretär im Auswärtigen Amt Mitglied des Stiftungsrates, im Dezember 2015

eine Neuausrichtung der Stiftung „am Leitbild Europas als Einwanderungskontinent.“ Die Stiftung solle dem Ziel der Versöhnung in ihrem Namen besser gerecht werden und sich neben Fluchtursachen auch der Integration heutiger Flüchtlinge widmen. Dazu sollte sowohl das Stiftungsgesetz als auch die vorliegende Konzeption für die Arbeit der Stiftung „ausgebaut“ werden. Dabei beruft Roth sich explizit auf das von der Stiftung benannte Ziel „Vertreibungen als gewalttätiges politisches Instrument und als Menschenrechtsverletzung“ zu ächten – und zwar „zu jeder Zeit und an jedem Ort“.

Die Universalisierung von Vertreibung als Unrecht – zunächst ein erfolgreicher rhetorischer Kniff der Vertriebenenverbände – scheint diesen nun auf die Füße zu fallen. Entsprechend hilflos reagieren konservative Politiker wie der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer, der dazu sagte: „Asylbewerber sind für Deutschland nicht dasselbe wie deutsche Heimatvertriebene“. Bernd Fabritius, seit Ende 2014 Nachfolger von Erika Steinbach als BdV-Präsident, ging noch einen Schritt weiter und meinte, „die Zuwanderung von heute mit dem ethnisch bedingten Vertreibungsdruck der Nachkriegszeit gleich[zu] setzen“, sei „verletzend [...], weil sie das Vertreibungsunrecht relativieren“. Ironischerweise wandte sich Fabritius, der selbst 1984 als 19-jähriger „Vertriebener“ aus Rumänien in die Bundesrepublik migrierte, ausdrücklich gegen die Einwanderung von Menschen aus Balkanländern nach Deutschland.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Zur Diskussion

Man darf gespannt sein, wie die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ diese neuen inhaltlichen Impulse aufgreift. Die in absehbarer Zeit zu erwartende Besetzung des Direktoren-Postens dürfte dabei eine erste Richtungsentscheidung sein.

Über den Autor:

Dr. Lars Breuer, Soziologe und Kulturwissenschaftler, zur Zeit freiberuflich, forscht und schreibt hauptsächlich zu den Themen Erinnerungskulturen, Geschichtspolitik und kommunikative Erinnerung. Er beobachtet die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ seit deren Gründung.

Der polnische Vertreibungsdiskurs

Vom Zentrum gegen Vertreibungen bis zum sichtbaren Zeichen

Von Arthur Osinski

In Polen fanden bis heute insgesamt drei Debatten zum Thema Vertreibung und Transfer der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen Ostprovinzen statt. Der zuletzt geführten Vertreibungsdebatte, die um die Jahrtausendwende in der deutschen Öffentlichkeit begann, ist in Polen bereits schon kurze Zeit nach dem politischen Umbruch in den 1990er-Jahren eine Eigene vorausgegangen. Als die damals aktuell geführte Debatte in der polnischen Öffentlichkeit fast abgeschlossen zu sein schien, wurde dieses Thema auf einmal gesellschaftlich wieder höchst aktuell. »Ein Zentrum gegen Vertreibungen« (ZgV) unter dem Patronat des »Bundes der Vertriebenen« (BdV) sollte in Berlin entstehen. Die polnische Seite reagierte auf die vom BdV erarbeitete Konzeption für das künftige Vertreibungszentrum irritiert. Man erachtete diese als zu tendenziös und befürchtete seitens des Bundes die Relativierung der Geschichte. Die Folge dessen war ein hart geführter Vertreibungsdiskurs zwischen der polnischen Seite und den Vertretern des BdV. Dieser eskalierte vollends, als vom BdV revisionistische Restitutions- und Entschädigungsforderungen gegenüber Polen erhoben wurden. Die damalige Präsidentin des BdV ließ durch ihre kruden Äußerungen den Streit sogar noch weiter eskalieren. Die fast zur selben Zeit durch ranghohe

BdV-Funktionäre gegründete »Preußische Treuhand« löste zusätzliche Spannungen in Polen aus, und disqualifizierte dort den BdV als adäquaten Schirmherr eines künftigen Vertriebenen zentrums vollends. Da die Vertriebenenorganisation finanziell von der Bundesregierung maßgeblich subventioniert wird und damals in den Schwesternparteien CDU und CSU politisch noch großen Einfluss genoss, entwickelte sich daraus zugleich ein auf beiden Seiten hart geführter deutsch-polnischer Vertreibungsdiskurs, der sogar auf die politische Ebene übergriff.

Die Vertreibungsdebatte der Nachkriegszeit

Die in der polnischen Öffentlichkeit geführten Debatten über die Vertreibung der Deutschen kann man in drei Zeiträume unterteilen. Der erste fand in den Nachkriegsjahren statt und dauerte bis zur Wende 1989. Dieser war gekennzeichnet durch ein von der Staatsmacht der Volksrepublik Polen legitimes Gedenken, das durch den Mythos eines „tausendjährigen deutsch-polnischen Kampfes“ bestimmt wurde, dessen Ziel die „Wiedereinverleibung“ der westlichen piastischen Gebiete war. Diese erste Phase der polnischen Auseinandersetzung mit der Vertreibung der Deutschen kann als eine vom staatlichen Erinnerungsmonopol bestimmte Zeit der Indoktrination bezeichnet werden. Eine objektive und aufrichtige Aufarbeitung konnte aufgrund der staatlichen Zensur in der damaligen Volksrepublik Polen nicht geleistet werden.

Nach der Wende

Erst die politische Wende der 1990er-Jahre ermöglichte der polnischen Gesellschaft eine objektive Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte, somit auch mit derer weißen Flecken und mit Themen, die in der Volksrepublik nicht denkbar waren. Eines der wichtigsten Ziele, das sich Polen setzte, war die Entsowjetisierung ihrer Geschichtsschreibung. Nach dem Systemwechsel kam es folglich Anfang der 1990er Jahre ebenfalls zu einer umfassenden Debatte über die Vertreibungen der Deutschen, bei der es auch um die moralische Dimension der Zwangsaussiedlungen ging. Die größten Zeitungen Polens wie die liberale *Gazeta Wyborcza* oder der *Dziennik Powszechny* widmeten dieser Thematik schon damals zahlreiche Beiträge. Darüber hinaus erschienen dazu viele Publikationen und Abhandlungen. Die breitgeführte polnische Vertreibungsdebatte wurde auf der Seite der deutschen Öffentlichkeit leider nur peripher wahrgenommen.

Die aktuelle Debatte

Die wohl heftigste Debatte löste in Polen jedoch der BdV mit der Lancierung der Idee zum Bau eines »Zentrums gegen Vertreibungen« aus. In der deutschen Hauptstadt sollte ein Mahnmal für die Opfer der Flucht und Vertreibungen entstehen. Betont wurde vom BdV, dass es sich dabei um eine Dokumentationsstätte im geschichtlichen Kontext handeln sollte, die das Schicksal der deutschen Vertriebenen sowie Vertreibungen und Genozide an anderen europäischen Völkern im 20. Jahrhundert erfahrbar

machen soll. Beunruhigend für den östlichen Nachbarn Deutschlands war es jedoch, dass durch das Ziel, die Vertreibungsgeschichten des 20. Jahrhunderts aufzuarbeiten, die Vertreibung der Polen und der Deutschen im Zweiten Weltkrieg gleichgesetzt werden sollte. Bei der Erörterung dieses Vorhabens kamen in der polnischen Öffentlichkeit Befürchtungen auf, dass ein so wichtiges Vorhaben nicht von der deutschen Regierung, sondern vom BdV lanciert worden sei - einer Organisation, die bis zur Jahrtausendwende immer wieder revanchistische Forderungen an den polnischen Staat gestellt hat. Die fast gleichzeitige Gründung der »Preußischen Treuhand« hat bei den Polen derartige Befürchtungen umso mehr bestätigt.

Viele polnische Intellektuelle erörterten das Projekt eines Zentrums in Berlin. Doch im Gegensatz zu der in Deutschland stattfindenden Debatte lehnte man in Polen das Projekt schon nach kurzer Zeit übereinstimmend ab, weil man das Zentrum in Berlin eher als Hindernis für eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur sah. Polnische Medien griffen das Thema der Entstehung des ZgV auf, indem sie das künftige Mahnmal als Ort einer geschichtsrevisio-nistischen Stätte des BdV bezeichneten und heizten die Debatte in Polen noch zusätzlich an. Darüber hinaus meldeten sich wichtige Persönlichkeiten und veritable Kenner der deutsch-polnischen Geschichte zu Wort, die den Bau des ZgV ablehnten. In ganz Polen betrachtete man die Organisation des BdV seit eh und je mit Zurückhaltung. Gerade Entwicklungen, wie etwa die Erhebung von

Restitutionsansprüchen des BdV an Polen, der Berliner Appell von Erika Steinbach oder die schon erwähnte Gründung der »Preußischen Treuhand« trugen vermehrt zu Irritationen auf der polnischen Seite bei. Man wollte nicht, dass die Deutungshoheit für so ein so wichtiges Vorhaben allein dem BdV überlassen wird.

Das unsichtbare Zeichen

Der im März 2008 ausgehandelte Kompromiss der Errichtung des »Sichtbaren Zeichens« entspannte die seit mehreren Jahren verfahrenere Situation im deutsch-polnischen Vertreibungsdiskurs. Der neue Gesetzentwurf des damaligen Kulturstaatsministers wurde diesmal mit Einbeziehung der polnischen Seite durch diplomatische Anstrengungen behutsam vorbereitet. Dieser Vorschlag unterschied sich signifikant vom ursprünglichen Entwurf, des BdV. Der lang andauernde Streit, der zwischen Berlin und Warschau wegen der ersten Konzeption entbrannt war, wurde somit größtenteils beigelegt.

Die bis heute immer noch aktuelle Debatte in Polen wurde abermals durch die Besetzung des Postens im Stiftungsrat entfacht, auf den Erika Steinbach durch den BdV unisono vertretend Anspruch erhob. Folglich wurde die Vertriebenenpräsidentin, die in Polen schon länger als persona non grata gilt, im Februar 2009 vom BdV für den Stiftungsbeirat des geplanten Dokumentationszentrums »Flucht, Vertreibung Versöhnung« nominiert. Die Diskussion um die Besetzung der Stelle im Stiftungsbeirat

entwickelte sich endgültig zu einem Politikum, nachdem sich die CDU/CSU demonstrativ hinter Erika Steinbach stellte. Die Lager waren diesmal jedoch klar verteilt, auf der Seite der Befürworter standen verlassen die CDU/CSU, die Gegenseite wurde von allen anderen Zugehörigen des deutschen Parteienspektrums vertreten. Da die SPD als Koalitionspartei der CDU nicht bereit war, Erika Steinbachs Kandidatur für den Posten zu bestätigen, sah sich die Vorsitzende des BdV gezwungen, auf die Stelle im Stiftungsbeirat zu verzichten.

Wie brisant bis heute um die Deutungshoheit über das Projekt gestritten wird, zeigen immer wieder neue Rochaden beim Stiftungsbeirat. Am besten konnte man dies Anfang Juli 2015 bei der Wahl des neuen Direktors der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung«, Winfrid Halder, beobachten. Dabei kam es wieder zu einem Eklat, sodass dieser bereits vor seinem Amtsantritt Ende 2015 auf den Posten verzichtete. Ein sichtbares Zeichen für die Versöhnung ist nach fünfzehn Jahren immer noch nicht in Sicht.

Über den Autor:

Arthur Osinski ist Kulturhistoriker und arbeitet für das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk.

„Wir befürchteten, dass uns das hätte passieren können, was sie mit den Juden gemacht haben“

**Der »Austausch« jüdischer
Zwangsarbeiter_innen mit
polnischen Zwangsausgesiedelten -
am Beispiel des Batterieherstellers
Pertrix**

Von Isabel Panek

In der Batteriefabrik Pertrix in Berlin-Niederschöneweide waren im Verlauf des Zweiten Weltkriegs alle Zwangsarbeiter_innen-Gruppen beschäftigt: Berliner Jüdinnen und Juden, ost- und westeuropäische zivile Zwangsarbeitende, Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte sowie ab Herbst 1944 auch Konzentrationslager-Häftlinge. Insgesamt mussten etwa 2.000 Menschen aus mindestens 16 Nationen bei Pertrix arbeiten, wovon mittlerweile 1.704 namentlich bekannt sind. Pertrix war eine Tochterfirma der zur Quandt-Gruppe gehörenden Accumulatorenfabrik AG und stellte Trockenbatterien, Zünderbatterien und Taschenlampen für die Wehrmacht her.

Bei Pertrix, wie auch bei anderen Rüstungsbetrieben, erfolgte ein »Austausch« der Berliner Jüdinnen und Juden mit Zwangsausgesiedelten aus der Region Zamość, der in den Täterdokumenten belegt und überliefert ist. Dieser Zusammenhang soll im Folgenden anhand von Selbstzeugnissen (Tagebucheinträgen, Erinnerungsberichten, Interviews) ehemaliger Pertrix-Zwangsarbeiter_innen

thematisiert werden. Dabei ermöglicht die Fokussierung auf die Lebensgeschichten der von Zwangsausiedlung, Verschleppung und Vernichtung Betroffenen einen Perspektivwechsel, der die individuellen Auswirkungen der brutalen NS-Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik in den Blick nimmt.

**Jüdische Zwangsarbeitende bei
Pertrix**

Seit dem 20. Dezember 1938 galt für jüdische Erwerbslose die Verordnung zum »geschlossenen Arbeitseinsatz«. Die ersten jüdischen Zwangsarbeitenden bei Pertrix sind ab 1939 belegt. Mit Kriegsbeginn kam es zur Ausweitung und Verschärfung des Arbeitszwangs. Ab Sommer 1941 wurden alle 14- bis 60-jährigen Männer und alle Frauen zwischen 16 und 50 Jahren zur Zwangsarbeit herangezogen. In einigen Regionen wurden diese Altersgrenzen sogar überschritten. Auch bei Pertrix arbeiteten über 60-Jährige, z.B. Walter Gomma, der seit der Enteignung seines Geschäfts bei Pertrix eingesetzt war und bereits im November 1942 nach Auschwitz deportiert wurde. Insgesamt waren mindestens 290 Jüdinnen und Juden in der Batterieproduktion beschäftigt. Die Berliner Jüdin Hildegard Simon war ab 1941 bei Pertrix zwangsbeschäftigt und berichtete 1997, dass sie bereits vor der Einführung der allgemeinen Kennzeichnungspflicht einen aus Aluminium gefertigten Davidstern zu tragen hatte: „[Diesen] mussten wir vorne auf der Brust tragen und hinten am Rücken, damit sie gewusst haben, schon von Weitem, dass wir nur Juden in dieser Abteilung waren.“

Andere Überlebende berichteten, dass „die gesamte Belegschaft sehr stark antisemitisch eingestellt [war]“ und es immer wieder zu Misshandlungen kam.

Aussagen von ehemaligen jüdischen Zwangsverpflichteten sind eine große Ausnahme, denn ab November 1942 erfolgte nach und nach ihre Deportation und Ermordung. Hildegard Simon konnte aber aufgrund der Vorwarnung eines Meisters der Deportation entgehen und überlebte versteckt in Berlin den Zweiten Weltkrieg. Ähnlich erging es der 17-jährigen Rita Link, die ebenfalls Ende November 1942 untertauchte. Die Deportationen endeten mit der sogenannten »Fabrik-Aktion« Ende Februar 1943. Aber noch bevor die jüdischen Zwangsarbeitenden deportiert wurden, mussten sie ihre »Nachfolger_innen« selbst in die Arbeitsabläufe einweisen.

Vertreibung, Verschleppung und Vernichtung – das »Projekt Zamość«

Die »Nachfolger_innen« kamen aus dem Kreis Zamość – im Generalgouvernement. Im Zuge des »Generalplans Ost«, der eine bevölkerungspolitische Neuordnung der eroberten (ost-) europäischen Gebiete auf rassistischer Grundlage vorsah, steht die Vertreibung von etwa 100.000 Menschen aus dem Kreis Zamość. Im Herbst 1942 beschloss Heinrich Himmler, die polnische Bevölkerung dieser Region gewaltsam zu vertreiben und das Gebiet mit »Volksdeutschen« bzw. »Deutschstämmigen« zu besiedeln. Diese Aktion, die Ende November 1942 begann und im August 1943 abgebrochen

wurde, basierte auf der vorausgegangenen Ermordung der jüdischen Bevölkerung der Region Zamość. Die in den Täterdokumenten verharmlosend »Aussiedlung« genannten Aktionen erfolgten nicht Hof- sondern Dorfweise; mindestens 100.000 Menschen wurden aus etwa 300 Dörfern vertrieben, wovon ungefähr die Hälfte erfasst und der Rest geflohen war. Ein Großteil der Zwangsausgesiedelten wurde in ein Durchgangslager in Zamość gebracht. Die Vertreibung organisierte die »Umwanderer-Zentralstelle« des Reichssicherheitshauptamtes unter Beteiligung der SS, der Ordnungspolizei sowie lokalen Wehrmachtseinheiten. Die Betroffenen hatten nur wenige Minuten, um ihre Sachen zu packen, erinnert sich Czesława Daniłowicz, die damals 17 Jahre alt war und mit ihrer Familie im Dorf Niedzieliska lebte: „[...] sie kamen am frühen Morgen und wir mussten ruck-zuck raus. [...] Die Schwester nahm die Federbetten mit und packte die Kinder ein, sonst wären sie auf dem Weg nach Zamość erfroren, so frostig war es.“ Die Verschleppung erfolgte mit Pferdeschlitzen und LKWs. Die Zwangsausgesiedelten durften nur Handgepäck und 20 Złoty pro Person mitnehmen. Czesława Daniłowicz berichtet, dass es beim Abtransport ins Durchgangslager Zamość immer wieder zu Fluchten kam. Ihr Bruder z.B. flüchtete in den Wald und schlug sich ins Nachbardorf durch, wo er den Krieg überlebte. Wer sich der Zwangsausiedlung widersetzte oder bei der Flucht in Gefangenschaft kam, wurde von den Besatzern erschossen oder erschlagen. „Im Lager [Durchgangslager Zamość] gab es eine Selektion, Menschen

»Mit den gleichen Zügen« – der Austausch

wurden in Gruppen geteilt: die einen wurden ins Lager Auschwitz abtransportiert, die anderen, [...] gingen zur Zwangsarbeit nach Deutschland”, schildert Janina Łyś, die im Januar 1943 gemeinsam mit ihren Eltern zur Zwangsarbeit nach Berlin verschleppt wurde. Die Besatzer orientierten sich bei diesen Einteilungen in sogenannte »Wertungsgruppen« an rassistischen Kriterien: einige polnische Kinder wurden »germanisiert«, d.h. gewaltsam aus ihren Familien gerissen und anschließend von Deutschen adoptiert. Andere – vor allem Kinder und Alte – wurden in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert oder in sogenannte »Rentendörfer« ausgesiedelt. Dort blieben sie sich selbst überlassen und verarmten. Die Arbeitsfähigen verschleppte man zum Zwecke der Ausbeutung zum Zwangsarbeitseinsatz. Die Lebensbedingungen im Durchgangslager Zamość waren katastrophal. Emilia Barteczko schildert in einem Interview 2005, dass die Baracken nicht beheizt waren und es sehr viel Ungeziefer gab. Die zur Zwangsarbeit Eingeteilten wurden in einigen Baracken konzentriert, schrieb Maria Rusinska kurz vor ihrer Verschleppung Ende Januar 1943 in ihr Tagebuch. Der Zeitpunkt ihrer Verschleppung zum Zwangsarbeitseinsatz war ihr in diesem Moment noch nicht bekannt: „Ob Wolken oder die Sonne am Himmel, der Blick wandert stumpf entlang der Pritschen, niemand weiß, wie lange die Haft noch dauern wird, wie lange wir hinter dem Draht bleiben werden. Die Tage flossen grau, eintönig und düster.“

Dieser »Bevölkerungsaustausch« – die Vernichtung der einen und die Ausbeutung der anderen – erfolgte zum Teil mit den gleichen Reichsbahnzügen. Am 25. Januar 1943 fuhr ein Zug mit etwa 1.000 Zwangsausgesiedelten von Zamość nach Berlin. Anschließend wurden 1.000 Jüdinnen und Juden mit dem gleichen Zug in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert.

Auf der Fahrt ins Ungewisse war es eisig kalt und die Menschen versuchten zu fliehen, erinnert sich Czesława Daniłowicz, die als einzige ihrer Familie zum Zwangsarbeitseinsatz nach Berlin kam: „Als sich der Zug in Bewegung setzte – die Fensterscheiben waren mit Frost beschlagen, sodass man durch sie nichts sah – fingen die Leute an auszubrechen. Junge, gesunde Burschen türmten. Wenn die Wachmänner das sahen, begannen sie auf diese Männer zu schießen [...]“. Vermutlich befanden sich im gleichen Transport die Geschwister Barteczko; die Schwestern Emilia und Stanisława kamen zu Pertrix und ihr Bruder Hieronim in eine Spinnstofffabrik in Berlin-Zehlendorf. Emilia Barteczko war die Älteste und fühlte sich für ihre Geschwister verantwortlich, erinnert sie sich 62 Jahre später. Deshalb dachte sie auch gar nicht daran zu fliehen: „Ich hauchte [im Zug] das Fenster an, um nochmal Polen zu sehen. Aber der Frost war stärker, es gelang mir nicht.“

Das Gefühl für die Eltern oder Geschwister verantwortlich zu sein und deshalb eine Flucht überhaupt nicht in Erwägung zu ziehen, ist ein zentrales Motiv in einigen Erinnerungsberichten.

Das Anlernen der polnischen Zwangsverschleppten durch die jüdischen Zwangsarbeitenden dauerte ca. drei Wochen und fand getrennt von den deutschen Beschäftigten statt. Ein Großteil arbeitete in der Abteilung »Füllerei« und war damit beschäftigt, Elektrolytpaste in die Batteriehülsen zu pumpen. Von den Arbeitsabläufen sind keine Fotografien überliefert. Umso wertvoller sind die Erinnerungen von Janina Łyś, die eine präzise Beschreibung der Produktionsabläufe und insbesondere der schlechten Arbeitsbedingungen liefert. Schutzkleidung wie z.B. Gummihandschuhe bekamen die Zwangsarbeitenden beider Gruppen nicht, obwohl die „[...] ganze Fabrikhalle durch diese Elektrolyse verseucht war, man sah goldene Teilchen, die in der Luft wirbelten.“ beschreibt Janina Łyś eindrücklich. Bis heute leidet sie an gesundheitlichen Spätfolgen. Während ihres Zwangsarbeitseinsatzes bei Pertrix spielte sie mehrmals mit dem Gedanken sich in der Spree zu ertränken. Nach der Einweisung der polnischen Zwangsrekrutierten erfolgte Ende Februar 1943 die Verhaftung der Berliner Jüdinnen und Juden direkt am Arbeitsplatz: „das war ganz schrecklich. [...] Wie sie weinten, mein Gott. Und wir weinten mit ihnen. Es war wirklich zum weinen.“ berichtet Czesława Daniłowicz 71 Jahre später. Mit dem unsicheren Gefühl, eines Tages das gleiche Schicksal erleiden

zu müssen, lebten die jungen polnischen Frauen bis zum Kriegsende, schreibt Janina Łyś. Und Czesława Daniłowicz resümiert: „Andererseits, wer würde dann arbeiten? Es gab keine mehr, die hätten arbeiten können. Nachdem wir zur Arbeit gekommen sind, konnten sie die da vernichten, aber nach uns ist doch keiner mehr gekommen.“

Quellen

Interview Ewelina Wanke, Uta Fröhlich mit Czesława Daniłowicz, Kożuchów, 12.07.2014, Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Berlin.

Interview Jarosław Pałka mit Emila Barteczko, 29.12.2005, Freie Universität Berlin „Zwangsarbeit 1939-1945. Erinnerungen und Geschichte“.

Erinnerungsbericht von Janina Łyś, 9.07.2014, Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit.

Tagebuchauszug von Maria Rusinska, 1942/1943, Barbara Łuczkiwicz, Lipowa.

Interview Anita Pinkus mit Hildegard Simon, São Paulo, 17.11.1997, USC Shoah Foundation Institute for Visual History and Education, University of Southern California.

Zeugenaussage von Rita Link, 11. August 1950, Berlin, BStU Berlin.

Zeugenaussage von Arthur Salomon, 27.01.1947, Berlin, BStU Berlin.

Heinemann, Isabel: Rasse, Siedlung, deutsches Blut. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen, 2003.

Über die Autorin:

Isabel Panek ist wissenschaftliche Volontärin im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. Die Sonderausstellung „Batterien für die Wehrmacht. Zwangsarbeit bei Pertrix 1939-1945“ – die noch bis zum 20. November 2016 im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit zu sehen ist – hat sie mit kuratiert.

„Wer Sturm sät...“ Eine essayistische Streitschrift zur Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in der deutschen Erinnerungskultur

Von Anne Lepper

Im Herbst 2000 gründete sich im Fahrtwind langjähriger geschichts- und medienpolitischer Auseinandersetzungen die dem „Bund der Vertriebenen“ (BdV) nahestehende Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ (ZgV). Deren erklärtes Ziel war und ist es auch heute noch, in Berlin eine zentrale Einrichtung zum Gedenken an die „Opfer von Vertreibung und Genozid“ und zur Verhinderung von „Völkervertreibungen weltweit“ zu errichten. In dem wissenschaftlichen Beirat, den die Stiftung kurz nach ihrer Gründung einberief, versammelten sich bald zahlreiche bekannte Persönlichkeiten aus dem breiten politischen, gesellschaftlichen und publizistischen Spektrum der Bundesrepublik – darunter auch einige jüdische Intellektuelle, die, teilweise unter Vorbehalt, ihre Unterstützung für die Umsetzung eines solchen Zentrums zugesagt hatten. Auch Micha Brumlik, Erziehungswissenschaftler und Publizist (in dieser Ausgabe mit einem Beitrag zu Schuld und Opfer-Empfinden der Deutschen im Kontext des Zweiten Weltkriegs vertreten), wurde von der Stiftung ersucht, im wissenschaftlichen Beirat des Zentrums mitzuwirken. Brumlik entschied sich jedoch nach anfänglichem Zögern gegen eine Mitarbeit und legte im Rahmen seiner 2005 im Aufbau-Verlag erschienenen

Publikation „Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen“ eine ausführliche und öffentliche Stellungnahme zu dieser Entscheidung ab.

Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ als Kristallisationspunkt einer erinnerungspolitischen Debatte

Die Diskussion um die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin vergegenständlicht eine Debatte, die in der deutschen Nachkriegsgesellschaft von Beginn an kontrovers, jedoch dabei oft einseitig geführt wurde: die Frage nach dem erinnerungskulturellen und gedenkpolitischen Platz von Flucht und Vertreibung und damit von deutschen Opfernarrativen im Kontext von Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg und Holocaust. Mit seiner Stellungnahme greift Brumlik aktiv in die Debatte um das Thema „Flucht und Vertreibung“ ein und fordert dadurch eine Neuausrichtung des Standes der Auseinandersetzung sowohl auf politischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene. In seiner Arbeit, die der Autor selbst als essayistische Streitschrift verstanden sehen will, setzt er sich auf moralphilosophischer, völkerrechtlicher, historischer und psychologischer Ebene mit den die Debatte bestimmenden Fragen – nach den historischen Ursachen und Gründen von Flucht und Vertreibung, nach der politischen und moralischen Vertretbarkeit der Forderungen der Vertriebenenverbände, aber eben auch nach dem grundsätzlichen „Verhältnis von Holocaust und Vertreibung im kollektiven Gedächtnis der gegenwärtigen deutschen Nation“ (S. 15) – auseinander.

Annäherung an die Kernaspekte des Themas aus verschiedenen Richtungen

Jedes der sechs Kapitel, deren inhaltliche Verknüpfung sich dem/der Leser_in erst in der Gesamtschau entfaltet, eröffnet dabei den Blick auf die Thematik aus einer eigenen Perspektive. Dadurch entsteht eine Art Prisma, das das insbesondere vonseiten der Vertriebenenverbände oft einseitig und starr behandelte Thema aus einem multiperspektivischen Blickwinkel darzustellen vermag. Dadurch wird deutlich, dass es sowohl in der Analyse der Ursachen und Gründe für Flucht und Vertreibung als auch in der Positionierung des historischen Komplexes im kollektiven und kulturellen Gedächtnis Deutschlands eines gesellschaftlichen Diskurskorrektivs bedarf.

Das erste Kapitel dient dementsprechend zunächst einer historiografischen Hinführung und damit gleichzeitig einer persönlichen Standortbestimmung. Wenngleich die gewählte Form eines Essays als schriftlicher Beitrag zu einer öffentlichen Debatte nicht den Anforderungen einer klassischen zeit-historischen Studie gerecht werden kann, so nutzt der Autor das erste Kapitel doch zu einer geschichtswissenschaftlichen Neuausrichtung des historischen Gegenstandes. In seinem Versuch, die realgeschichtlichen Abläufe von Flucht und Vertreibung zu rekonstruieren und diese in den Gesamtkontext von Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg und Nachkriegsgeschehen einzubauen, weist Brumlik immer wieder

darauf hin, dass es ihm nicht um eine Nivellierung oder gar eine Negierung des Leides der (deutschen) Opfer geht. Es wird jedoch deutlich, dass die Ursachen und Gründe für deren Vertreibungen – bei denen es sich vielfach, das wird dank der definitorischen Differenzierungen des Autors noch einmal deutlich, um eine mehr oder minder selbst gewählte Flucht handelte (S.30ff) – nicht allein in den tatsächlichen nationalstaatlich und rassistisch motivierten Bemühungen der betreffenden Regierungen und einer Siegerjustiz der westlichen Alliierten zu suchen sind, sondern dass die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges zuallererst als Konsequenz einer das Jahrhundert durchziehenden völkisch-nationalistischen Um- und Aussiedlungspolitik gesehen werden muss. Diese, so vermag der Autor zu zeigen, wurde vom nationalsozialistischen Deutschland von Beginn an in besonderer Form vertreten und aktiv betrieben. Die Aussiedlungen der deutschen Minderheiten aus Pommern, Schlesien, Ostpreußen und dem Sudetenland müssen dementsprechend in einem „Tun-Ergehens-Zusammenhang“ (u.a. S. 66) eingeordnet werden, in dem also die Ursachen für Flucht und Vertreibung als unmittelbares Resultat der nationalsozialistischen „Umvolkungspolitik“, dem von Deutschland geführten Eroberungs- und Vernichtungsfeldzug sowie der Illoyalität der deutschen Minderheiten gegenüber ihren Regierungen – insbesondere im Sudetenland – gesehen werden müssen.

Das Zweite Kapitel widmet sich schließlich der aktuellen politischen Debatte um das von Erika Steinbach und dem BdV geforderte „Zentrum gegen Vertreibungen“. Dabei verfolgt der Autor nicht allein die ausführlich und differenziert begründete Gegenrede gegen eine „auf nationalistischem Ressentiment aufbauende[...] Gedenkstätte“ (S. 160) sondern auch gegen die Unterstützung des Vorhabens sowohl auf politischer Ebene in Gestalt von CDU/CSU als auch auf gesellschaftlicher Ebene.

Unter anderem mit Blick auf die bereits 1950 verabschiedete und nach wie vor gültige „Charta der Heimatvertriebenen“, die, so zeigen die Ausführungen Brumliks, von zahlreichen ehemaligen Nationalsozialisten verfasst und unterzeichnet wurde, werden die unverhohlenen revisionistischen und revanchistischen Absichten des BdV und des ZgV deutlich. Der in der Charta in jovialer Selbstgefälligkeit dargebrachte Verzicht auf „Rache und Vergeltung“ dient der Vorgabe einer vermeintlichen Versöhnlichkeit, wird jedoch von Brumlik zurecht als „Ungeheuerlichkeit“ entlarvt (S. 95). In dem Angebot eines Verzichts steckt grundsätzlich die Annahme eines (rechtlichen oder moralischen) Anspruchs, der jedoch im Falle der Vertriebenen als höchst problematisch gesehen werden muss. Die Annahme eines grundsätzlichen Anspruchs auf Rache und Vergeltung entspricht allerdings deren traditionellem Selbstbild als „der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“ (S.93). Brumlik fordert auch an dieser Stelle eine

Verhältnismäßigkeit, die zwar nicht das Leid der Vertriebenen relativieren, aber eben doch die Tatsache anerkennen soll, dass die Züge, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg Richtung Westen unterwegs waren, in die „von britischen oder US-amerikanischen Truppen verwaltete Besatzungszone und eben nicht – wie nur knapp ein Jahr vorher aus Ungarn – in das Vernichtungslager und die Gaskammern von Auschwitz“ führen (S.88).

Die folgenden vier Kapitel dienen schließlich dazu, den Blickwinkel zu erweitern und „Flucht und Vertreibung“ in einem weiteren Kontext einzuordnen. Diesen Kontext bildet im dritten Kapitel die literarische Verarbeitung des Themas in der deutschen Nachkriegs-Belletristik, unter anderem in der Novelle „Im Krebsgang“ von Günther Grass. Dabei analysiert Brumlik die verschiedenen literarischen Werke unter den Aspekten von „Verantwortung und Verdrängung“ und zeigt dabei, dass sich die erlittenen Traumata nicht durch eine rückwirkende Erinnerungskultur bearbeiten lassen.

Im vierten Kapitel wird dann die Vertreibung der Deutschen in den Gesamtkontext eines ‚Jahrhunderts der Vertreibungen‘ – vom jungtürkischen Genozid an den Armeniern zu den Verbrechen der Roten Khmer und den gewaltvollen Vorfällen in Jugoslawien – eingeordnet. Dabei geht es dem Autor insbesondere um eine definitorische Einordnung und Differenzierung der Begrifflichkeiten von Vertreibung und Genozid im Allgemeinen und im Speziellen.

Das fünfte Kapitel erscheint darauf aufbauend als eine moralphilosophische Auseinandersetzung mit den historischen Vertreibungsvorgängen sowie mit den politischen und gesellschaftlichen Diskursen um kollektive Schuld, Verantwortung, Sühne und Versöhnung.

Das sechste und letzte Kapitel bildet schließlich eine Brücke von den Vertreibungserfahrungen des 20. zu jenen des 21. Jahrhunderts. Dabei sollen vor allem die politischen Konsequenzen und gesellschaftlichen Reaktionen analysiert und kontextualisiert werden. Im Zentrum steht hier die Frage nach den Ursachen und der Entwicklung des palästinensischen Flüchtlingsproblems sowie die kritische Auseinandersetzung mit dem übergeordneten Projekt der Nationalstaaten.

Wo stehen wir heute?

Auf der Website der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ findet sich auch heute, fast sechzehn Jahre nach seiner Gründung, immer noch die vage Information, man habe eine Stiftung ins Leben gerufen, um „nicht im eigenen Leide, in persönlichen traumatischen Erinnerungen zu verharren, sondern ein Instrument zu schaffen, das dazu beiträgt, Vertreibung und Genozid grundsätzlich als Mittel von Politik zu ächten.“ Spätestens 2008, als Konsequenz aus der auf nationaler und internationaler Ebene kontrovers geführten Debatte um das ZgV die Bundesstiftung „Flucht Vertreibung Versöhnung“ gegründet wurde, wurde eine tatsächliche Realisierung des Projektes

durch den BdV immer zweifelhafter. Stattdessen sah man sich nun auf Bundesebene mit dem Thema betraut und entwickelte verschiedene Konzepte für eine Dauerausstellung, die sich dem Thema „Flucht und Vertreibung“ auf differenzierte und diskursensible Weise annehmen sollte. Als Ort für das geplante Vorhaben wählte man das im ehemaligen ‚Zentrum der Macht‘ in unmittelbarer Nähe zur Berliner Wilhelmstraße gelegene Deutschlandhaus, das zu diesem Zwecke seit 2013 aufwändig renoviert und umgebaut wurde und noch immer wird.

Die Stiftung ZgV und der BdV, und dabei allen voran dessen Vorsitzende Erika Steinbach, arbeiten indes mit anhaltender Beharrlichkeit an der Verbreitung ihrer Thesen und der Realisierung ihrer Vorhaben. Drei von der Stiftung ZgV in den letzten Jahren konzipierte Ausstellungen wandern derzeit einzeln und als Trilogie mit dem Titel „HeimatWEH“ durch die Bundesrepublik. Es zeigt sich also, dass, auch wenn der Errichtung eines Gedenkortes an zentraler Stelle durch den BdV durch die Stiftung „Flucht Vertreibung Versöhnung“ in den letzten Jahren der Fahrtwind genommen wurde, die Diskussion um den Platz von „Flucht und Vertreibung“ und damit dem gesamten Opferdiskurs in der deutschen Erinnerungskultur nach wie vor von größter Bedeutung ist.

Die Publikation Brumliks, die vom Autor als dem Kontext jener Zeit entsprungene „Streitschrift“ gedacht war, hat also an Aktualität nicht verloren. Aufgrund ihrer sowohl differenzierten und ausführlichen

Überlegungen und Darstellungen als auch ihrer provokativen Thesen und Argumente, muss sie als eines der wichtigsten Beiträge zu der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema überhaupt betrachtet werden. Anders als viele andere Publikationen, die sich in den letzten Jahren der historischen Debatte um Verantwortung und Opferstatus der Deutschen angenommen haben, eröffnet die Arbeit Brumliks tatsächlich eine neue Perspektive auf die historischen Abläufe und die historiografische Einordnung dieser. Sie sollte deshalb als unabdingbare Grundlage für eine weiterführende, sowohl auf politischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene geführten Debatte dienen.

Literatur

Micha Brumlik: Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen. (2005) Aufbau-Verlag Berlin, 300 S. 18,90 €

Polnische und deutsche und Vertriebene

Von Gerit-Jan Stecker

Lange Zeit wurde in der Bundesrepublik das Phänomen Vertreibung als einzigartiges Schicksal der Deutschen betrachtet. Zwar etablierte sich seit der Jahrtausendwende, unter dem Eindruck des blutigen Zerfalls von Jugoslawien, die Perspektive auf ein 20. Jahrhundert der Zwangsmigration und der ethnischen Säuberungen auch im deutschen Vertriebenendiskurs (eine maßgebliche Publikation war etwa Norman Naimarks „Fires Of Hatred: Ethnic Cleansing In 20th Century Europe“ von 2001).

Die umfassendsten und am meisten tiefgreifenden Bevölkerungsverschiebungen dieser Zeit spielte sich zwischen 1939 und 1949 ab, und dabei verließen, in Folge des nationalsozialistischen Weltkriegs, etwa knapp zwölf Millionen Deutsche ihre Heimat – aber auch ein Fünftel der Pol_innen und mehrere Millionen der ukrainischen, ungarischen, tschechischen, finnischen, baltischen und weißrussischen Bevölkerungsgruppen waren von erzwungener Migration betroffen. Nicht zuletzt wanderten im Zuge der Homogenisierung von Nationalstaaten viele der Jüdinnen und Juden aus, die den Holocaust überlebt hatten. Dennoch spielt die Erfahrung der nicht-deutschen Vertriebenen in den bundesrepublikanischen Debatten um Vertreibung weiterhin nur eine untergeordnete Rolle; die Anerkennungsforderungen deutscher Vertriebener und ihrer Nachkommen bilden nach wie vor ein erinnerungskulturelles Übergewicht.

Aus diesem Grund sei hier an die Studie „Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945 – 1956“ des Historikers Philipp Ther erinnert, die 1998 in der Reihe „Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft“ erschien. Die Monographie untersucht erstmals sowohl den ursächlichen Zusammenhang der Vertreibung von Deutschen aus Polen und den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reichs und der Bevölkerungstransfer großer Bevölkerungsteile im Rahmen der Ostverschiebung des polnischen Staatsgebietes. Damit stellt sie das Phänomen Vertreibung in einen internationalen Zusammenhang – in der Bundesrepublik wurde es dagegen lange Zeit als einzigartiges Schicksal der Deutschen betrachtet. Zugleich bilden die Betroffenen Thers primären Untersuchungsgegenstand.

■ Methode und Aufbau

Methodisch grenzt sich Ther vom totalitarismustheoretischen Diktaturenvergleich zwischen Nationalsozialismus und sozialistischer Diktatur ab. Stattdessen unternimmt der Autor einen „Ost-Ost-Vergleich“ von SBZ/DDR und der Volksrepublik Polen (S.20), auch das ein Novum in der deutschsprachigen Forschung. Er stellt dar, wie die Existenz von Millionen Vertriebenen die unmittelbare Nachkriegszeit entscheidend prägte, beispielsweise als Legitimation für die Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse durch Bodenreform (SBZ) oder Enteignung (Polen) oder als mobiles Arbeitskräftereservoir für die stalinistische

Industrialisierung. Zugleich treten ideologische und strukturelle Unterschiede in den beiden neuen sozialistischen Systemen hervor. Während etwa die Kommunistische Partei in Polen die Integration argumentativ weniger auf Gleichheit und Solidarität als auf Nationalismus zu gründen versuchte, wollte die Obrigkeit in der SBZ nicht ohne weiteres auf nationalistische Appelle zurückgreifen.

Der erste Teil stellt den Prozess der Vertreibung dar. Im ersten Kapitel zeichnet der Historiker nach, wie es zu den massenhaften und gewaltsamen Bevölkerungsverschiebungen zum Ende des Zweiten Weltkriegs und danach kam. Anschließend widmet er sich dem Verlauf Zwangsmigrationen. Die Kernfrage des zweiten Kapitels lautet, warum eine „ordnungsgemäße und humane Durchführung“, wie die vielzitierte Zielsetzung der Alliierten aus dem Potsdamer Abkommen lautete, weitgehend scheiterte. Schließlich folgt eine kritische Auseinandersetzung mit den Begriffen der „Vertreibung“, „Repatriation“ bzw. „Umsiedlung“ im dritten Kapitel.

Einen politikgeschichtlichen Schwerpunkt hat der zweite Hauptteil: Die komplexe Politik der SBZ/DDR und der Volksrepublik Polen gegenüber den Vertriebenen im Rahmen des Systemwandels zum sogenannten Sozialismus war trotz vieler Probleme grundsätzlich integrativ. Ther untergliedert diese Integrationspolitik in sozialkaritative, redistributive und sozialrevolutionäre Ansätze (Bodenreform, Eigentumsverteilung, Wohnraumpolitik).

Der Stalinismus der Jahre 1948-56 habe die Vertriebenenpolitik allerdings zum Negativen verändert.

Der dritte Hauptteil beschäftigt sich mit dem Verhältnis der Vertriebenen zu anderen Bevölkerungsgruppen. In der SBZ/DDR und in Westdeutschland waren dies die Einheimischen. Anders in Polen, wo mit freiwilligen Umsiedler_innen aus Zentralpolen eine dritte große Bevölkerungsgruppe in den Aufnahmegebieten lebten. Die Einstellung zu den Vertriebenen war in beiden Teilen Deutschlands, aber auch in Polen von Konflikten und Stereotypen geprägt, was die Integration erschwerte.

Die Schlussbetrachtung widmet sich der Integration der Vertriebenen bis Mitte der 1950er-Jahre und dem heutigen Verständnis „erzwungener Migration“. So beeinflusste die Unsicherheit, ob die neuen polnischen Westgebiete nicht doch wieder deutsch werden und ihre ehemaligen Bewohner_innen zurück kehren würden den Umstand, dass die Vertriebenen in der SBZ schneller integriert wurden als in Volkspolen, aber auch als in Westdeutschland (was sich nicht zuletzt als Verfall von Bausubstanz und Landwirtschaft in Westpolen auswirkte). Klare Antidiskriminierungsdirektiven der SED wirkten sich positiver auf die Integration aus, als vor allem in Bezug auf die Befugnisse der Roten Armee ungeklärte Verhältnisse in Westpolen.

Fazit

Abschließend resümiert Ther, dass das alliierte Ziel, durch das Herstellen ethnischer Homogenität soziale Integration zu garantieren, nicht erreicht werden konnte. Dementsprechend betrachtet er die friedensstiftende Wirkung international befürwortete Bevölkerungsverschiebungen wie im ehemaligen Jugoslawien sehr skeptisch.

Der strikt komparative Aufbau der Kapitel – zuerst befassen sie sich mit der SBZ/DDR und anschließend mit Polen – kann beim Lesen möglicherweise einige Redundanzen bewirken. Doch insgesamt ist Philipp Thers „Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945 – 1956“ eine überzeugende und informative Verbindung von Politikgeschichte und Gesellschafts- bzw. Alltagsgeschichte, die mehr als eine wissenschaftliche und erinnerungspolitische Leerstelle füllt.

Literatur

Philipp Ther: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945 - 1956 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 127), (1998) Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen, 382 S., 1 Abb., 50,00 €

Flucht und Vertreibung in europäischer Perspektive

Von Gerit-Jan Stecker

Von der nationalen Opferperspektive bezüglich „Flucht und Vertreibung“ abgerückt sind zahlreiche Publikationen in Deutschland, Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Doch die öffentlichen Debatten zu Flucht und Vertreibung spiegeln die geschichtswissenschaftlichen Fortschritte zu diesem Thema noch immer nur unzureichend wieder. Diese Tendenz schlägt sich auch in den Debatten um die Errichtung eines „Zentrum gegen Vertreibungen“ (ZgV) in Berlin nieder. Aus diesem Grund, und da nach dem Kalten Krieg die Diskurse zur „Erinnerung“ in vielen Ländern Europas sich gegenseitig beeinflusst haben, möchten das „Zentrum für Zeithistorische Forschung“ in Potsdam und das „Zentrum für vergleichende Geschichte Europas“ an der FU Berlin die Historiker_innen zu Wort kommen lassen, darunter Vertreter_innen einer jüngeren Generation, die in die Beratungen zum geplanten „Zentrum gegen Vertreibung“ bisher nicht einbezogen wurden.

Herausgegeben von Jürgen Danyel und Phillip Ther (siehe auch „Polnische und deutsche und Vertriebene“ auf Seite 29) geht es in der 1. Ausgabe der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ von 2003 nicht nur um den Forschungsstand, sondern auch um die Frage, warum das Thema Zwangsmigration immer noch für internationale Konflikte sorgt. Die Beiträge bilanzieren die

öffentlichen Diskurse, weisen auf Defizite und offene Fragen hin. Dabei konzentrieren sie sich auf Deutschland und Ostmitteleuropa, periodisch werden die Vertreibungen auf den Zeitraum zwischen 1938 und 1948 begrenzt.

Elemente eines sinnvollen Zentrums gegen Vertreibungen

Den Rahmen bildet die Debatte um ein europäisches Dokumentationszentrum über die Vertreibung. Dass Vertreibung und Neuansiedlung, d. h. die Aneignung einer neuen Heimat, kollektive, transnationale Bestandteile eines europäischen „Erfahrungszusammenhangs“ (9) darstellen, argumentiert Karl Schlögel im Einstiegstext. Aufgrund der Bedeutung für die deutsche und polnische Vertreibungsdiskurse und aufgrund der deutschen Tendenz, Verbrechen gegenüber Tschech_innen und Pol_innen im Diskurs zu ignorieren, plädiert Naimark für ein Dokumentationszentrum in Wrocław/Breslau. Ein solches Zentrum sollte zudem historische Bezüge zu vorangehenden und nachfolgenden Zwangsumsiedlungen herstellen (22). Nach dem Vorbild des Holocaust Museum in Washington D.C. wäre es sinnvollerweise ein Ort sowohl für Forschung als auch Gedenken. Weiter müsste ein ZgV auf die Bevölkerungsplanung moderner Staaten eingehen, auf die Beteiligung von Spezialist_innen (wie z. B. Architekt_innen, Agrarwissenschaftler_innen usw. beim deutschen „Generalplan Ost“) und auf die Millionen Opfer von Deportationen und Zwangsmigration im 20. Jahrhundert.

Christoph Klessmann und der Mitherausgeber Jürgen Danyel kritisieren ein ZgV in Berlin und mit mehrheitlich deutschem Beirat, wie es der Bund der Vertriebenen jedoch bisher vorsieht. Das aber werde der Forschung und Debatten in anderen, vor allem ostmitteleuropäischen Ländern, nicht gerecht. Letztlich müsste ein europäisches Zentrum gegen Vertreibung als Wanderausstellung konzipiert sein, um regionale Projekte einzubinden und Diskussionen auszulösen – wie es die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ vermochte. Nicht zuletzt könnte ein gemeinsames, multiethnisches Erbe aus Zeiten vor der gewaltsamen Homogenisierung durch dieses Zentrum bewahrt werden.

Philipp Ther weist auf Schwierigkeiten dabei hin, Erinnern und Aufklären als gegensätzliche Motive für ein ZgV zu vereinen. Er kritisiert, dass noch immer die meisten deutschen Abhandlungen über die Vertreibung erst im Jahr 1945 ansetzen. Sie vermitteln eine Deutsche Opferperspektive, in der Pol_innen, Russ_innen und Tschech_innen vor allem als Täter_innen auftauchen, unterschlagen somit nicht nur die deutsche Aggression und das Besatzungsregime, das mit massenhaften Deportationen in Tschechien und Polen einherging. Schon mit der preußischen Ansiedlungspolitik im polnischen Teilungsgebiet wirkte das Deutsche Reich als treibende Kraft in der Entwicklung und Verbreitung eines ethnischen Nationenverständnisses. Und als sich postkoloniale Nationalstaaten gründeten, wie z. B. Pakistan 1947, wurden gewaltsame

nationale Homogenisierungen globalisiert. Dementsprechend muss ein europäisches ZgV globale Ursachenforschung betreiben (S. 37). Ther betont außerdem – zusammen mit Naimark – die Differenz zwischen Vertreibung und Genozid: Während erstere auf die Entfernung einer Bevölkerungsgruppe aus einem bestimmten Gebiet zielt, ist der Genozid auf die Vernichtung von Menschen gerichtet. Aber auch der Kontext von Erinnerung muss berücksichtigt werden, wie etwa der Kalte Krieg.

Zeitgeschichtsforschung vs. Politik

Claudia Kraft erinnert an die Bedeutung von zeithistorischer Forschung im gesellschaftlichen Verständigungsprozess: Sie kann bei politisch strittigen Themen Interessenlagen und Diskurse mit abweichenden Ergebnissen konfrontieren, insbesondere nach der Öffnung zahlreicher Archive nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Wenn etwa Zeitzeug_innenberichte wie der monumentalen „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ von Theodor Schieder und Werner Conze von 1954“ besondere Authentizität unterstellt wird, müssen diese transnational kontextualisiert und methodisch reflektiert werden. Das erschwert die Instrumentalisierung durch politische Akteure wie dem Bund der Vertriebenen. Und es öffnet den Blick für andere Opfer. Last but not least lassen sich so geschlechtsspezifische Besonderheiten in der Erfahrung zurück ins Blickfeld holen.

K. Erik Franzen geht auf die erinnerungspolitischen Funktionen des massenmedial

inszenierten Opferdiskurses in der Bundesrepublik nach 1990 ein. Diese bestehen – trotz aller Universalisierungen – noch immer im Versuch, Flucht und Vertreibung von der Deportations- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten zu entkoppeln (52). Das geschieht allerdings nicht mehr mit dem Ziel, innenpolitisch die Integration der Umgesiedelten zu fördern, sondern auch, um außenpolitisches Gewicht zu erzeugen und konkret auf die Diskussionen um den EU-Beitritt Polens und Tschechiens 2004 einzuwirken.

Monika Flacke und Ulrike Schmiegelt benennen einige Schwierigkeiten der Musealisierung europäischer Zwangsmigration, wie sie eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums mit dem Titel „Mythen der Nationen. Arena der Erinnerungen“ vornahm. Schon die Begriffe Flucht, Vertreibung, Deportation, Emigration oder Evakuierung weisen auf Probleme hin. Zum einen sind sie unscharf, zum anderen beschreiben sie ähnliche Phänomene: Beispielsweise „Flucht und Vertreibung“ haben sich in der Bundesrepublik als Sammelbegriff für die Zwangsmigration von Deutschen etabliert. Sie werden beispielsweise in Bezug auf die deutschsprachige Bevölkerung des ehemaligen Ostpreußens nicht unterschieden – allerdings beschreibt die „Emigration“ politisch und rassistisch Verfolgter aus Deutschland ab 1933 ebenso Phänomene der Flucht und Vertreibung. Diese deutschen Schwierigkeiten, Zwangsmigration auch forschungspraktisch zu kontextualisieren und einen neuen Blickwinkel auf „Flucht

und Vertreibung“ einzunehmen, zeichnet Mathias Beer ideengeschichtlich nach.

Auf den Kampf der polnischen Umsiedler um Entschädigungen wirft Jerzy Kochanowski ein Licht. Deren Forderungen richten sich nicht an die heutige Ukraine oder Litauen, sondern an die polnischen Behörden, die jedoch diese Kosten vermeiden wollen. Eine gesellschaftliche Mehrheit betrachtet die ehemaligen polnischen Ostgebiete, die „Kresy“ ohnehin als „sentimentalen Mythos“ und Vergangenheit, die abgeschlossen werden sollte (73). Die Hauptursachen für die Zwangsmigration von Deutschen aus Tschechien und Jugoslawien 1944 – 1948 vergleicht Arnold Suppan. Sie erweisen sich als ähnlich und überwiegend reaktiv auf deutsche Politik und Verbrechen seit dem Münchner Abkommen von 1938.

Miloš Havelka stellt Konfliktlinien im tschechischen und (sudeten-)deutschen Kollektivgedächtnis dar und beklagt, dass geteilte Geschichte einer ideologisch-politischen Formierung von Gedächtnis vergessen wird. Zudem zeigt er eine tschechische Perspektive, die Zwangsmigration totalitarismustheoretisch als ethnische und soziale Homogenisierung begreift sowie NS und Kommunismus als Abfolge von Fremdherrschaft wahrnimmt. Diese Darstellung fällt allerdings etwas unkritisch aus.

Den Zugang zur Vertriebenenpolitik in der DDR wählt Michael Schwartz über die Literatur. Er beschäftigt sich mit der Tabuisierung von Vertreibung ab 1953, dem Euphemismus der „Umsiedlung“, die es zur

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

Vertriebenen-Problematik gab, und dem Umgang damit in der ostdeutschen Politik und Literatur bis 1990. Seine Auseinandersetzung mit u. a. Anna Seghers, Christa Wolf und Heiner Müller bietet eine Anregung auch für den Deutschunterricht.

Die Erklärung zum internationalen Wissenschaftlichen Kolloquium „Ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. Historische Erfahrungen – Erinnerungspolitik – Zukunftskonzeptionen“, die 2002 in Darmstadt stattfand, bildet den Abschluss des gut 100 Seiten starken Heftes. Konsens war unter anderem: Eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur muss den zukunftsorientierten, pädagogischen „Aspekt der wissenschaftlichen und mehrdimensionalen Vermittlung der historischen, politischen, sozialen und psychologischen Mechanismen, die zu den ... Ereignissen und Verbrechen geführt haben“ und der Prävention von ethnischen Säuberungen zum Ziel haben (103).

Fazit und historisches Lernen

Den eigenen Ansprüchen wird die 1. Ausgabe der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ von 2003 gerecht. Nicht nur stellt sie den Forschungsstand sowie öffentliche Debatten zu Zwangsumsiedelungen im Kontext des Zweiten Weltkriegs dar und weist auf Defizite und offene Fragen hin. Zwar dominieren leicht die deutschen Forschungsperspektiven. Doch diese sind kritisch und im besten Sinne konstruktiv bezüglich eines sinnvollen, europäischen „Zentrums gegen Vertreibungen“.

Die einzelnen Beiträge liefern pointierte Zugänge zu den verschiedenen Dimensionen zwischen historiografischer Forschung, Gedächtnis und Erinnerungspolitik. Sie sind daher zu empfehlen für die Weiterbildung von Multiplikator_innen des historischen Lernens ebenso wie für die Anwendung in der Sekundarstufe II in den Fächern Geschichte, Sozialkunde, Politik und Deutsch.

Literatur

Jürgen Danyel, Phillip Ther (Hg.): „Flucht und Vertreibung in europäischer Perspektive“: 1. Ausgabe der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, Jahrgang Nr. 53, (2003) Metropol Berlin, 103 S.

Web-Download: http://www.metropol-verlag.de/ftp/zfg_01_2003.pdf

Lernen aus der Geschichte

Die Auseinandersetzung mit „Flucht und Vertreibung“ an Gedenkorten für Vertriebene am Beispiel Oberschleißheim

Von Anne Lepper

Vertreter_innen der verschiedenen Vertriebenenverbände und -vereine – allen voran die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach – haben immer wieder auf eine vermeintliche gesellschaftliche Tabuisierung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Gesellschaft hingewiesen. Im Widerspruch dazu steht die Tatsache, dass seit Kriegsende zunächst in Westdeutschland, nach 1990 auch in den neuen Bundesländern, Hunderte von Denkmälern, Gedenkorten und Museen entstanden, die an die Geschichte der geflohenen und vertriebenen Deutschen erinnern sollten. Alleine in Bayern existieren bis heute 420 solcher Orte, in ganz Deutschland sind es etwa 1.400. Einer davon ist die in unmittelbarer Nähe zu der KZ-Gedenkstätte Dachau gelegene Gedenkanlage Oberschleißheim. Die Anlage, die 1983 von der 1971 durch die bayerische Landsmannschaft Ost- und Westpreußen ins Leben gerufene Ost- und Westpreußenstiftung (OWS) gegründet wurde, diente in den 1980er Jahren als Gedenkort für zahlreiche Interessensgruppen und Organisationen und wurde stetig um Exponate, Gedenk- und Informationstafeln erweitert. Ziel des Ortes sollte es sein, einen „sinnlichen Zugang“ zu der Thematik zu schaffen, beispielsweise durch die Ausstellung eines Kleinkampfbootes der Wehrmacht, das am Ende des

Empfehlung Fachdidaktik

Krieges zur Evakuierung von Flüchtlingen aus Ostpreußen genutzt wurde. An dem Ort, der in den ersten beiden Jahrzehnten seines Bestehens vor allem selbstreferenziellen jedoch durchaus auch politischen Interessen diente, fand lange Zeit weder eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte noch mit erinnerungspolitischen Prozessen und verschiedenen Gedenkformen statt.

Ein neuer Gedenkort entsteht

Aufgrund der politischen und strukturellen Gegebenheiten vor Ort beschloss der Landkreis München Anfang der 2000er-Jahre, ein neues Gebäude auf dem ursprünglichen Gebiet des Gedenkkomplexes zu errichten, das vom Kreisjugendring München-Land, der seine nahe gelegene Bildungsstätte erweitern wollte, genutzt werden sollte. Um die Interessen und Vorstellungen beider neuen Nutzer des Geländes – also des Kreisjugendrings auf der einen und der OWS auf der anderen Seite – überein zu bringen, gründete sich parallel zum Baubeginn der neuen Anlage eine interdisziplinäre Kommission. Diese entwickelte bis zur Einweihung der neuen Bildungsstätte im Jahr 2010 ein Konzept, das die Bildungsarbeit vor Ort um eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Geländes und den vorhandenen Gedenkorten, -tafeln und Denkmälern erweitern sollte. Ein im Jahr 2012 vom Institut für Jugendarbeit Gauting herausgegebenes Magazin gibt einen Einblick in die Ergebnisse der Kommission, in die Ansätze und Konzepte, die nun einen entscheidenden Teil der pädagogischen Arbeit vor Ort bilden, sowie in allgemeine Überlegungen

Lernen aus der ■ Geschichte ■

zu einem sinnvollen geschichtsdidaktischen Umgang mit dem Thema Flucht und Vertreibung an Gedenkort. Als Grundlage für die Publikation diente das „3. Fachgespräch zur Politischen Bildung an historischen Orten des Nationalsozialismus und Gedenkstättenpädagogik“, das im Januar 2011 in Oberschleißheim stattfand.

Historische Kontextualisierung des Themas

Bevor sich die Broschüre der spezifischen Darstellung der Gedenk- und Bildungsstätte Oberschleißheim widmet, nimmt der Historiker Stephan Scholz (in dieser Ausgabe mit einem Artikel zur Zwangsmigration der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges vertreten) in zwei einleitenden Artikeln zunächst eine allgemeine historische Kontextualisierung von Flucht und Vertreibung sowie der Entstehung von Vertriebenen- und Gedenkstätten in Deutschland vor. Dabei wird deutlich, dass eine differenzierte Darstellung des Themas möglich und wichtig ist, um den historischen Ablauf von Flucht und Vertreibung sowohl auf geschichtswissenschaftlicher als auch auf politischer Ebene in einen Gesamtkontext einzuordnen. Neben einer definitorischen Hinführung an den historischen Gegenstand durch die Beantwortung der klassischen W-Fragen (Wann, Was, Wer, Wo, Wie), bei der bewusst Gleichsetzungen, Verallgemeinerungen und Parallelisierungen vermieden werden, nimmt der Autor außerdem die Ikonografie der Flucht unter die Lupe. Bilder – unabhängig von dem jeweiligen historischen und politischen Zusammenhang – bilden immer nur einen Teil der

Empfehlung Fachdidaktik

Wahrheit ab, beziehungsweise zeigen nur Teilperspektiven auf und müssen deshalb, ebenso wie unterschiedliche Begriffe und Narrative, kontextualisiert und differenziert dargestellt werden. Der Autor rät daher zu einer genauen Analyse der verschiedenen Erklärungs- und Begründungsmuster, unter anderem in Bezug auf die Motive für Flucht und Vertreibung, die verschiedenen historischen Phasen und deren Verlauf.

Vertriebenen- und Gedenkstätten in Deutschland

In einem zweiten Aufsatz erläutert Scholz anschließend die aktuelle und historische Situation in Bezug auf Vertriebenen- und Gedenkstätten in Deutschland. Wie bereits eingangs erwähnt zeigt die große und über die Jahrzehnte stetig gewachsene Anzahl der Gedenkort, wie präsent das Thema tatsächlich in gesellschaftlichen und politischen Diskursen seit 1945 war und ist. Am Beispiel des Gedenkgeländes in Oberschleißheim zeigt Scholz, dass an diesen Orten oft eine sehr unkritische Darstellung der Wehrmacht als Retterin der Flüchtenden und Vertriebenen vorgenommen und vielerorts gar ein regelrechter Wehrmachtskult betrieben wurde. Der Fokus lag und liegt dabei stets auf den letzten Kriegsmontaten, die Geschichte der vorangegangenen Monate sowie die damit in Zusammenhang stehenden Verbrechen der Wehrmacht spielen in der Regel keine Rolle. Durch die geografische Nähe zu der Gedenkstätte Dachau entstand in Oberschleißheim außerdem schon früh eine Konkurrenz um den Opferstatus, der sich in zahlreichen Publikationen,

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Gedenkreden und politischen Auseinandersetzungen widerspiegelte.

Geschichtsdidaktische Überlegungen für den Umgang mit dem Thema an Gedenkorten

An die Thesen und Überlegungen von Stephan Scholz anschließend widmet sich Tim Völkerlin der geschichtsdidaktischen Arbeit an Gedenkorten für Flucht und Vertreibung. Dabei gibt er zunächst einen Überblick über die verschiedenen Phasen der Musealisierung der entsprechenden Orte – von der selbstorganisierten Gründung von sogenannten Heimatstuben zu einer sukzessiven Professionalisierung und Verstaatlichung der Heimatmuseen zu der Forderung nach einem „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin und der Gründung der „Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung“. Völkerlin macht dabei deutlich, dass das geschichtsdidaktische Potential dieser Orte nicht allein in der Wissensvermittlung, sondern vor allem auch im Erlernen von eigenständigen Analyse-, Deutungs- und Interpretationskompetenzen liegen muss. Workshops vor Ort sollten daher in erster Linie dazu dienen, das Gelände und die museale Repräsentation vor Ort kritisch zu betrachten und eigene Ideen zur Weiterentwicklung oder Neukonzeption solcher Orte zu entwickeln.

Zusammenfassung

Es ist den Autoren der Broschüre gelungen, eine kluge und differenzierte Publikation zu einem schwierigen und umkämpften Thema herauszugeben. Die verschiedenen Beiträge zeigen, welches Potential

Empfehlung Fachdidaktik

Vertriebenenendenkmäler und -gedenkstätten bieten, um bei Jugendlichen einen kritischen und reflexiven Umgang mit den eigenen Geschichtsbildern anzustoßen und sie dazu anzuregen, über den gesellschaftlichen und individuellen Umgang mit Geschichte kritisch nachzudenken. Dass Geschichte ein veränderbares und von Identitäten, Emotionen und Diskursen abhängiges Konstrukt ist, kann nirgendwo besser gezeigt werden als an Orten, die über Jahrzehnte hinweg und beeinflusst von gesellschaftlichen Kontroversen und politischen Auseinandersetzungen entstanden und gewachsen sind.

Web

<https://www.institutgauting.de/wp-content/uploads/2013/01/Gautinger-Protokoll-42-Flucht-und-Vertreibung.pdf>

Literatur

Manfred Huber (Hrsg.): Flucht und Vertreibung. Gautinger Protokolle Nr. 42. Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings in Gauting. Gauting 2012.

Das Thema Flucht und Vertreibung im deutschen Spielfilm

Von Anne Lepper

Während eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße am Ende des Zweiten Weltkriegs erst mit einiger Verzögerung und begleitet von etlichen geschichtspolitischen Kontroversen um die verschiedenen Erklärungsmuster einsetzte, nahm die Thematik in den gesellschaftlichen Diskursen der Nachkriegszeit schon bald und insbesondere in der Auseinandersetzung um deutsche Opfernarrative eine Schlüssel-funktion ein. In der jungen Bundesrepublik, in der etwa sechzehn Prozent der Gesamtbevölkerung erst am Ende des Krieges oder danach in den Westen gekommen war, waren die Erfahrungen von Flucht und Vertreibung sowie die damit in Verbindung stehenden Forderungen nach Integration und dem Recht auf Rückkehr allgegenwärtig.

Die Bedeutung des Themas in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit spiegelte sich allerdings nicht in den filmischen Darstellungen jener Zeit wieder. In Spielfilmen der 1950er bis 1970er Jahre, so beschreibt es Michaela Ast in einem themenspezifischen Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung, spielten Flucht und Vertreibung, wenn überhaupt, nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Wiederaufbau und Alltagsflucht

Nach der endgültigen Kapitulation des Deutschen Reiches und einem Krieg, der von deutscher Seite aus über fünfeinhalb Jahre als Eroberungs- und Vernichtungsfeldzug geführt worden war, stand die deutsche Bevölkerung vor den Trümmern ihrer Existenz und ihrer Ideologien. Die Kraft zum materiellen Wiederaufbau des Landes war getragen von einem weitverbreiteten Eskapismus, der eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Täterschaft oder der Komplexität der neuen Gesellschaftsordnung vielfach verunmöglichte. Als Ausdruck dieser Flucht in die Gegenwart kann der sogenannte Heimatfilm gesehen werden – ein rein deutsches Genre, das sich während des Kinobooms der 1950er Jahre größter Beliebtheit erfreute. Der Heimatfilm entsprach dem Bedürfnis vieler Deutscher nach Einfachheit und Übersichtlichkeit und verhalf dem von Krieg und Wiederaufbau geplagten Volk zur ersehnten Entspannung. Simple Liebesgeschichten, die unweigerlich in dem vorhersehbaren Happy End aufgingen, wurden kombiniert mit dialogarmen, oft musikalisch untermalten Szenen, die eine vollständige Versenkung in die Natur ermöglichten. In diesen harmonischen und einfachen Filmen, die oft stark von den Lebensrealitäten ihrer Zuschauer_innen abwichen, spielten Flucht und Vertreibung entweder gar keine Rolle, oder wurden nur indirekt und über Andeutungen zur Sprache gebracht. Grund dafür waren, so Ast, nicht zuletzt die Interessen und Überlegungen der Westalliierten, deren Ziel es war,

das mit den zahlreichen Geflüchteten und Vertriebenen vorhandene Unruhepotenzial durch deren vollständige Absorption durch die westdeutsche Gesellschaft einzudämmen. Dementsprechend fanden die Erfahrungen von Flucht und Verfolgung nur als Erfolgsgeschichte Eingang in die Plots der Heimatfilme und dienten somit einer allgemeinen und gegenseitigen Akzeptanzherstellung.

Während die neuen Herrschaftsstrukturen in den Herkunftsgebieten eine filmische Darstellung dieser Regionen aus technischen sowie ideologischen Gründen de facto ausschlossen, sollten die in Westdeutschland gedrehten Naturszenen der Herstellung eines neuen und gemeinsamen Heimatgefühls dienen. Durch die Ausblendung konkreter Flucht- und Vertreibungserfahrungen und die Tabuisierung der vielfach vorhandenen Forderungen nach Rückkehr, wurde der Fokus gezielt auf die Gegenwart gerichtet und die Integration sowie die individuelle Entfaltung der Vertriebenen in ihrer neuen Heimat in das Zentrum gestellt. Die erfolgreiche Integration der Vertriebenen bildete demgemäß auch in Heimatfilmen wie „Grün ist die Heide“ von Hans Deppe aus dem Jahr 1951 oder „Das Mädchen Marion“ von Wolfgang Schleif aus dem Jahr 1956 das obligatorische Happy End, das sich in beiden Filmen anhand einer Liebesgeschichte zwischen einer Vertriebenen und einem Einheimischen manifestierte.

Flucht und Vertreibung als deutsches Opfernarrativ

Während also in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg Flucht und Vertreibung in deutschen Spielfilmen nur auf subtile Weise und entsprechend der politischen Agenda dargestellt wurde, setzte in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren in der fiktionalen filmischen Darstellung der Thematik ein deutlich wahrnehmbarer Wandel ein. Spielfilme, die sich mit dem Sujet beschäftigten, allen voran der Fernseh-Zweiteiler „Die Flucht“ aus dem Jahr 2007, verzichteten nun nicht länger auf die explizite Darstellung des Fluchtvorgangs. Die Herkunftsregionen, die zuvor Teil der inzwischen zusammengebrochenen Sowjetunion gewesen waren, fanden sich in den verschiedenen Produktionen wieder und wurden damit Teil der Erzählung.

Fehlende Darstellung der Ursachen und Gründe von Flucht und Vertreibung im Spielfilm

In ihrem Dossier zeigt Michaela Ast, dass das Thema Flucht und Vertreibung in den letzten Jahren auf filmischer Ebene zwar expliziter und differenzierter behandelt wurde, dabei jedoch in der Regel nicht zwischen den beiden Vorgängen unterschieden wurde. Während die Flucht in verschiedenen Produktionen ausführlich dargestellt wurde, spielte der Akt der Vertreibung laut Ast in der Regel keine Rolle. Dadurch werden jedoch in der kollektiven Wahrnehmung beide Vorgänge gleichgesetzt und sowohl auf darstellerischer als auch auf

historiografischer Ebene in einen gemeinsamen Erfahrungszusammenhang gestellt, in dem die Flucht als zwangsläufige Reaktion auf Vertreibung gesehen wird. Dadurch findet im Film eine Differenzierung in Bezug auf Ursachen, Gründe und Zeiträume oft nicht statt. Während die Autorin die Problematik, die hinter dieser Darstellung steht, erkannt zu haben scheint, macht ihre Analyse jedoch hinter der grundsätzlichen Feststellung einer Vereinheitlichung von Flucht und Verfolgung und einer fehlenden Personifizierung der für Flucht und Verfolgung Verantwortlichen halt. Dabei drängt sich jedoch geradezu die Frage auf, um wen es sich eigentlich bei den Verantwortlichen handelt.

In ihrer Darstellung verzichtet Ast vollständig auf eine Kontextualisierung der Geschehnisse, die am Ende des Zweiten Weltkrieges zu Flucht und Vertreibung von etwa 15 Millionen Menschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße führte. Es entsteht dadurch der Anschein, die Verantwortlichen seien lediglich in den Regierungen der betreffenden Länder – in erster Linie Polens und der Tschechoslowakei – und den westlichen Alliierten zu suchen. Dass jedoch, neben den durchaus vorhandenen minderheitenfeindlichen Interessen der entsprechenden Staaten, nach dem Krieg der Ursprung von Flucht und Vertreibung der Deutschen in erster Linie in der bevölkerungspolitischen Aus- und Umsiedlungspolitik des Deutschen Reiches sowie dessen unter anderem gegen Polen und die Tschechoslowakei geführten Vernichtungskrieg

zu sehen ist, wird in dem Dossier nicht deutlich. Damit erscheint die Darstellung Asts an vielen Stellen als Wiedergabe eines reinen und undifferenzierten Opfernarrativs, das die Gründe und Ursachen von Flucht und Vertreibung nicht in einen übergeordneten Erfahrungszusammenhang aus nationalsozialistischem Eroberungsfeldzug, Zweitem Weltkrieg, der Neuordnung der politischen Verhältnisse und der alliierten Besatzung stellt.

Dennoch bietet das Dossier zahlreiche Möglichkeiten, um mittels filmischer Darstellungen im Unterricht an das Thema anzuknüpfen. Es kann durchaus spannend sein, unterschiedliche Deutungsmuster und vorherrschende Narrative in Filmen verschiedener Epochen nebeneinander zu stellen und zu analysieren. Um jedoch eine sensible und historiografisch korrekte Einordnung der damit in Verbindung stehenden Vorgänge zu ermöglichen, sollte eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Thema im Vorfeld gewährleistet werden. Dazu bietet sich unter anderem das ebenfalls in dieser Ausgabe vorgestellte Buch „Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen“ von Micha Brumlik an.

Web

<http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/74912/flucht-und-vertreibung?p=all>

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Flüchtlinge und Heimatvertriebene

Von Gerit-Jan Stecker

Fast 40 Prozent aller Einwohner_innen Nürnbergs haben ihre Wurzeln im Ausland. Die Zuwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg setzte mit den Flüchtlingen und „Heimatvertriebenen“ ein. Der Lehrstuhl für Didaktik der Geschichte an der Universität Nürnberg hat zusammen mit Schüler_innen der neunten bis zwölften Klasse zur Migrationsgeschichte ihrer Stadt recherchiert, gemeinsam haben sie sich mit Fragen der Quellenkritik, der Methode und der Inventarisierung historischer Dokumente beschäftigt. Die aufgespürten Dokumente sollten – mit Einverständnis der Besitzenden – in die Sammlung des Museums Industriekultur und ins Stadtarchiv eingegliedert werden, das Projekt damit am Aufbau eines kollektiven Gedächtnisses mitwirken.

Eines der Ergebnisse ist ein Heft mit Lehrmaterialien „Migrationsgeschichte – Sammeln, sortieren, und zeigen“. Es differenziert zwischen verschiedenen Migrationsbewegungen und deren Motiven, geht auf Methoden wie z. B. Oral History ein. Nicht zuletzt verharret das Projekt nicht in der historischen Perspektive, sondern initiiert Begegnungen zwischen Klassen mit Geflüchteten Jugendlichen und Gymnasialklassen. Das Heft kann als PDF vollständig oder in einzelnen Kapiteln heruntergeladen werden.

Auf eine kurze Einleitung zum Aufbau der Materialien und zur historischen Projektarbeit folgt als erstes inhaltliches Kapitel

Empfehlung Unterrichtsmaterial

eine geleitete Internetrecherche zu Flucht und Vertreibung nach 1945 unter dem Titel „Flüchtlinge und Heimatvertriebe“.

Im Unterricht

Die Unterrichtseinheit beginnt mit einem kurzen Abriss zum Verlauf von Flucht und Vertreibung zwischen 1944 und 1947, dem Potsdamer Abkommen sowie einem Abschnitt zur Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen während des Wirtschaftsbooms in Nürnberg zwischen 1955 und 1973. Diese Einführung stützt sich auf eine kleine, recht aktuelle Bibliographie von Matthias Beers „Flucht und Vertreibung der Deutschen“ über die LaG-Ausgabe 08/10 mit dem Titel „Grenzverschiebungen“ bis zu Maren Rögers Untersuchung zur Erinnerungskultur seit 1989. Es fällt jedoch auf, dass vor allem relevante Faktoren für die Flucht nicht genannt werden: weder die von den Nationalsozialisten selbst durchgeführten Zwangsevakuierungen, noch die bis heute wirksame und gegen aktuelle Forschungsergebnisse resistente Propaganda Goebbels' von den vermeintlichen Gräueln der Roten Armee (erinnert sei an das wissenschaftlich widerlegte „Massaker von Nenndorf“, das bis heute die Bilder im Vertreibungsdiskurs füttert) sowie das latente Bewusstsein, dass die deutschen Verbrechen in Osteuropa ein starkes Rachebedürfnis besonders innerhalb der Roten Armee wecken müssen.

Anschließend erfolgt der Einstieg in den eigentlichen Unterricht. Die Einheit ist über zwei Stunden angelegt. Ziel ist es, die Begriffe Flucht und Vertreibung differenziert

betrachten zu können und den methodische Umgang mit verschiedenen Quellen zu einzuüben. Die erste ist ein ZDF-Kurzfilm zum Thema, der einen Überblick über die Phasen von Flucht und Vertreibung liefern soll (auch hier ist zu bemängeln, dass die Sowjetischen Alliierten als vollkommen rücksichtslos beschrieben wird und eine Kontextualisierung fehlt).

Danach erarbeiten die Schüler_innen in vier Kleingruppen kurze Präsentationen zu den Themen „Die große Flucht“, Potsdamer Konferenz, „Wilde und systematische Vertreibungen“ und „Einleben in der neuen Heimat“ Bayern. Jede Gruppe erhält zwei bis drei Internetquellen. Die Links zu den Zeitzeuginn_enberichten auf LeMO, dem „Lebendigen Museum Online“ des Deutschen Historischen Museums, sind nach dem Relaunch der Webseite, nicht mehr aktuell, lassen sich jedoch einfach auf der LeMO-Seite finden. Weitere Internetquellen, auf die häufiger zurück gegriffen wird, sind planet-wissen.de der ARD und das Historische Lexikon Bayerns.

Beitrag zum historischen Lernen

Das Unterrichtsmaterial liefert einen lebendigen Überblick zum Themenkomplex Flucht und Vertreibung und gibt Schüler_innen einen guten Einstieg, um sich zu historischen Quellen im Internet zu orientieren. Der Ansatz, das Thema in die Vielfalt der Migrationsphänomene nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart einzuordnen und deren positive Bedeutung zu verdeutlichen, kann die Unterrichtseinheit besonders sinnvoll machen.

Herausgelöst aus dem Migrationskontext jedoch, führt der Anspruch der Handreichung, übersichtliche und anschauliche Informationen zu ermöglichen, zu einer gewissen Einseitigkeit: Zum einen geraten die Millionen anderen, z. B. polnischen Betroffenen von Zwangsmigration aus dem Blickfeld. Weiter richten sich die Fernseh-Beiträge einerseits an den Publikumserwartungen aus, andererseits produzieren die Journalist_innen nach ökonomischen Kriterien. Die Recherche kann dementsprechend nicht geschichtswissenschaftlichen Standards genügen. So behauptet planet-wissen.de generalisierend, Vertriebene hätten keine Entschädigungen erhalten. Tatsächlich betrugen die so genannten Lastenausgleichszahlungen an Vertriebene in der Bundesrepublik nach dem Lastenausgleichgesetz allein bis 1982 rund 115 Mrd. DM insgesamt.

Die emotionalisierende und personalisierende Tendenz, das Leid der Vertriebenen in den Fokus zu nehmen, mag dem Anspruch der Anschaulichkeit geschuldet sein. Sie leistet jedoch keinen Beitrag, den Mythen um die deutschen Vertriebenen die Herausbildung einer historischen Urteilsfähigkeit entgegenzusetzen. In diesem Sinne wäre beispielsweise eine Erläuterung des Begriffs der „Heimatvertrieben“ notwendig. Was unterscheidet diese von anderen Vertriebenen und Kriegsflüchtlingen? Durch die didaktische Reduzierung stellt die geleitete Internetrecherche „Flüchtlinge und Heimatvertriebene“ der Geschichtsdidaktik der Universität Nürnberg einen praktischen und lebendigen Einstieg ins Thema dar, muss

Lernen aus der ■ Geschichte ■

allerdings um eine kritische Auseinandersetzung mit der etablierten Erinnerungskultur ergänzt werden.

Web

<http://www.geschichtsdidaktik.ewf.uni-erlangen.de/nuernbergs-migrationsgeschichte/heft-download.shtml>

Flucht, Vertreibung und Umsiedlung im Umfeld des Zweiten Weltkrieges

Von Gerit-Jan Stecker

Das Kursheft „Flucht, Vertreibung und Umsiedlung im Umfeld des Zweiten Weltkrieges“ unterstützt Lehrkräfte im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe II mit Anregungen für einen methoden-, handlungs- und gegenwartsorientierten Geschichtsunterricht. Es ergänzt eine umfangreiche Quellensammlung mit Aufgaben für die Schüler_innen.

Didaktische Konzeption und Struktur

Die Handreichung beschäftigt sich mit den Hintergründen, Formen und Folgen von Flucht, Vertreibung und Umsiedlung verschiedener Bevölkerungsgruppen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Eine verkürzte Betrachtung des Themas soll vermieden werden. Dabei geht das Heft von der Feststellung aus, dass Migrationsprozesse ein konstitutiver Teil

Empfehlung Unterrichtsmaterial

der Menschheitsgeschichte und ein zentrales Element gesellschaftlichen Wandels sind. Im 20. Jahrhundert geschahen Wanderungsbewegungen meist nicht freiwillig. Vor allem die nationalsozialistische Herrschaft und der Zweite Weltkrieg lösten Flucht- und Vertreibungsprozesse in bis dahin nicht bekanntem Ausmaß aus.

Das erste Kapitel führt in den Komplex „Migration im 20. Jahrhundert“ ein. Es geht auf Definitionen, Formen und die spezifischen historischen Bedingungen von Migration ein. Dabei beziehen sich die Materialien stark auf die Gegenwart. Als vorherrschende Form von Wanderungsbewegungen im 20. Jahrhundert tritt Zwangsmigration im Umfeld gewaltsamer Konflikte heraus.

Der zweite Schwerpunkt untersucht zunächst die Vorgeschichte der Zwangsmigrationen des Zweiten Weltkriegs und verweist dabei auf die Rolle der im 19. Jahrhundert entstandenen Vorstellung einer ethnisch homogenen Nation. Weiter werden die vom Deutschen Reich in Polen betriebenen Vertreibungen, Deportationen und Umsiedlungen dargestellt sowie die nationalsozialistischen Pläne einer rassistischen Neuordnung Osteuropas und die Deportationen aus dem Osten des aufgeteilten Polens unter Stalin.

Die Verschleppung von Zwangsarbeitenden im Nationalsozialismus ist Gegenstand des dritten Kapitels: Es beschreibt Ausmaß und Bedeutung, beschäftigt sich mit der Herkunft der Betroffenen, beleuchtet Lebens- und Arbeitsbedingungen und weist auf den Zusammenhang mit der

Lernen aus der

■ Geschichte ■

Hierarchisierung gemäß der NS-Rassentheorie hin. Ein Vertiefungsteil thematisiert das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück: Er dokumentiert Aufbau, Lageralltag und die Hierarchisierung der Gefangenen. Abschließend wird eine Reflexion des Gedenkens an die Zwangsarbeitenden angeregt.

Die verschiedenen Wellen von Flucht, Vertreibung und Umsiedlung in Osteuropa insbesondere ab 1944 sind Thema im vierten Kapitel. Der Sammelbegriff „Flucht und Vertreibung“ wird problematisiert und Definitionen werden abgeleitet. Die Phasen sogenannter wilder Vertreibungen und Umsiedlungen von Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei werden nachgezeichnet sowie weitere Prozesse der Zwangsmigration, von denen polnische, ukrainische, litauische und weißrussische Bevölkerungsgruppen betroffen waren. Dabei helfen verschiedene Materialien, die Zwangsmigration der Deutschen in die permanenten Zwangsumsiedlungen in Polen seit 1939 einzuordnen und die Position der Alliierten zu erarbeiten. Unterschiedliche Sichtweisen und Beurteilungen sollen eine differenzierte Urteilsbildung seitens der Schüler_innen fördern. Dieses Kapitel bietet eine interessante Vertiefung an: Eine Beschäftigung mit der Völkerwanderung soll eine Reflexion über den historischen Charakter des modernen Nationenkonzepts anregen, das mit seinem Ideal einer ethnisch homogenen Gemeinschaft eine maßgebliche Voraussetzung der Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert lieferte. Diese Idealvorstellung wird dekonstruiert.

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Kapitel fünf fragt nach individuellen Erfahrungen der Betroffenen und ihren Verarbeitungsmustern. Selbstzeugnisse und biografische Texte werden als Quellenarten eingeführt und die Vorteile und Risiken ihrer Rezeption kritisch beleuchtet.

Die Entwicklungen in der Bundesrepublik und der DDR nach der Ankunft der Flüchtlinge und Vertriebenen, die Hemmnisse und Erfolge der Integration vergleicht der sechste Schwerpunkt. Es geht um die Lebenssituation, die Reaktionen der Einheimischen und den Umgang mit der Vertriebenenproblematik in der Politik. Vertiefend stellt das Kapitel Zusammenhänge zu ökonomisch beeinflussten Wanderungsbewegungen her: Einerseits werden Migrationen im Zusammenhang mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert untersucht. Andererseits thematisiert das Kapitel die Arbeits- und Lebenssituation von „Gastarbeiter_innen“ sowie Einstellungen und Vorurteile in der Mehrheitsgesellschaft. So wird ein Bogen zur Migrationsgeschichte in der Bundesrepublik bis zur Gegenwart geschlagen – und zu aktuellen Diskussionen um Integration und den Formen einer Einwanderungsgesellschaft.

Das letzte Kapitel setzt sich mit Formen der kollektiven Erinnerung auseinander. Mit Bezug auf die Kontroversen um das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ (siehe auch „Deutsche Opfer des Zweiten Weltkriegs und die Frage der Schuld“ auf Seite 5) zeichnet es Entwicklungen und Diskussionen in der Bundesrepublik und Polen vor und nach 1989/90 nach.

Lernen aus der ■ Geschichte

Das Ende jedes Kapitels kommentiert die Übungen zu Sach-, Urteils- und Methodenkompetenzen, die innerhalb des Kapitels erarbeitet werden. Nicht zuletzt ist die Handreichung übersichtlich gestaltet und erlaubt einen gezielten Zugriff auf die benötigten Informationen. Zusätzlich enthält das Kursheft einen Semesterverlaufsplan, zahlreiche Visualisierungen und Tafelbilder, Arbeitsblätter sowie Literatur- und Internethinweise. Auf seiner Website bietet der Verlag einen Aktualitätendienst.

Fazit

In der Tat leistet das Kursheft „Flucht, Vertreibung und Umsiedlung im Umfeld des Zweiten Weltkrieges“, das Thema umfassend in historische Prozesse einzuordnen und ermöglicht eine differenzierte Beurteilung. In Anbetracht der Tatsache, dass „Flucht und Vertreibung“ historische Narrative hervorgebracht haben, die über (familiäre) Erinnerungskultur und Gedächtnispolitik mehr Schüler_innen erreichen als andere Geschichtsthemen, ist dies notwendig und nützlich. Die Kombination von ereignis-, ideen-, wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Dokumenten mit ausgewählten Theorieansätzen für ihre Deutung ist daher gelungen. Insbesondere die kritische Beschäftigung mit der Methode der Oral History erweist sich als sinnvoll. Allerdings überwiegen im Teil zu den Biografien Lebenswege von deutschen Zwangsmigrierten. Zwar gibt es biografische Skizzen von in Ravensbrück inhaftierten Frauen. Dennoch würde z.B. die individuelle Erfahrung von ehemaligen Zwangsarbeitenden, die sich im

Empfehlung Unterrichtsmaterial

heutigen Westpolen niederließen, ein differenzierteres Bild zeichnen. Die Diskussionen um ein Zentrum gegen Vertreibungen könnten nochmals eine Brücke zu Zwangsmigrationen der Gegenwart schlagen. Da das Thema jedoch im ersten Schwerpunkt behandelt wird, ist das kein starker Kritikpunkt. Dafür ist schließlich das gute Lektorat hervorzuheben, das Fachbegriffe bzw. Fremdwörter mit verständlicheren Entsprechungen ergänzt und damit auch indirekt den Unterricht unterstützt.

Literatur

Martin Grohmann: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung im Umfeld des Zweiten Weltkrieges: Handreichungen für den Unterricht, Reihe Kurshefte Geschichte, (2014) Cornelsen Verlag Berlin, 88 S., 10,00 €

Als E-Book auf <https://www.scook.de/> erhältlich

Unser nächstes Magazin erscheint am 23. März 2016
und trägt den Titel
„EU-Asylpolitik und Menschenrechte – Zwischen
Anspruch und Wirklichkeit“

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstraße 76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bilung.de/>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Anne Lepper, Ingolf Seidel und Gerit-Jan Stecker

Die vorliegende Ausgabe des LaG-Magazins wurde gefördert durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V..

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.